Einzelpreis 10 Pfennige

Halle, Mittwoch, den 5. März

Jahrg. 1924 • Nr. 55

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der Zeit Unterhaltungsbeil. „Volk und Zeit". Unverlangt eingesandte Manuskripte ist weder das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" ist a. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungs-Gebühr; für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis für den Monat März 3,— Gold-Mark. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44, Fernruf 4666. Zweigstelle Gr. Ulrichstr. 2 — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Beschlüsse der belgischen Sozialisten.

Die belgische Regierungskrise.

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

Die Kabinettskrise in Belgien ist bisher ungelöst. Der nachstehende Artikel, der leider verspätet eingetroffen ist, schildert die Ursachen, die einer schnellen Lösung der Krise bisher entgegenstanden. Er zeigt aber gleichzeitig, daß auch ein neues Kabinett ohne Sozialdemokraten nur als Uebergangsregierung zu betrachten ist und nach den Wahlen auch in Belgien mit einem Kabinett der Verständigung unter Beteiligung der Sozialdemokraten gerechnet wird. Diese Tatsache in Zusammenhang gestellt mit den Regierungsverhältnissen in England und dem bevorstehenden Regierungswechsel in Frankreich zeigt erneut, wie notwendig nach den Reichstagswahlen eine demokratische Regierung in Deutschland zur Herbeiführung der internationalen Verständigung ist.

Der Sinn der belgischen Regierungskrise liegt darin, daß sich ein Teil der katholischen Partei, also der größten Regierungspartei, gegen die reaktionäre innere und auswärtige Politik des Kabinetts Theunis-Jaspar aufgelehnt hat. Die flämisch-demokratische Gruppe, die sich um den Bürgermeister von Antwerpen Van Cauwelaert schart, war sich ihrer Verantwortung voll bewußt, als sie trotz des unermüdlichen Einredens der führenden Minister gegen den französisch-belgischen Handelsvertrag stimmte und damit die Regierung zu Fall brachte. Diese entscheidende Abstimmung, die unmittelbar auf die Zurückweisung des Anschlags gegen den Achtstundentag durch dieselbe Parteienverbindung folgte, zeigt, daß sich im belgischen Parteiensystem ein Wandel vollzieht. Das Dreiparteiensystem, auf dem sich das gegenwärtige Parlament aufbaut, entspricht nicht mehr der Wirklichkeit. Es ist veraltet. Die Trennung zwischen Demokraten und Antidemokraten ist vollzogen, die Mehrheit ist auf der demokratischen Seite.

Logischerweise müßte also die demokratische Mehrheit, die die Regierung Theunis gestürzt hat, deren Erbe antreten. Da sich die neue Mehrheit zu mehr als zwei Dritteln aus Sozialisten zusammensetzt, so müßte die neue Regierung einen überwiegend sozialistischen Charakter tragen. Statt dessen sehen wir, daß die bürgerlichen Parteien die verzweifeltsten Anstrengungen machen, die alte anti-sozialistische Koalition schlecht oder recht wieder zusammenzuleisten, nur um die Sozialisten wenigstens vor den Neuwahlen von der politischen Macht fernzuhalten. Wie das gelingen soll, nachdem die Erklärungen Van Cauwelaerts in der Kammer ergeben haben, daß die Ruhrpolitik ebensowenig wie die innere und Finanzpolitik eine Mehrheit im Parlament hat, ist vorläufig noch ein Geheimnis.

Allerdings sind die Sozialisten jetzt durchaus nicht erpicht darauf, die Regierung zu übernehmen. Sie verlangen die Kammerauflösung, und wenn sie schließlich doch die Nachfolge Theunis' antreten sollten, so nur ausdrücklich zu dem Zwecke, sofort nach der Erledigung der dringendsten Parlamentsgeschäfte Neuwahlen auszuschreiben. Vor diesen Neuwahlen, die spätestens noch bis zum Mai 1925 verschoben werden könnten, haben die bürgerlichen Parteien augenblicklich eine heillose Angst. Angesichts des vollständigen Fiaskos der bisherigen Regierungspolitik, die zum Frankensturz und zur täglich sich verschärfenden Teuerung geführt hat, wendet sich die öffentliche Meinung ganz offenkundig den Sozialisten zu. Von ihnen wird erwartet, daß sie das Land aus dem Sumpfe heben, in den die bürgerliche, französendienerische Politik es geführt hat. Zu dieser Stimmung hat der Regierungsantritt der Arbeiterpartei in England wesentlich beigetragen, denn selbst viele bürgerliche Kreise begreifen, daß sich Vandervelde leichter und besser im Sinne einer vernünftigen Lösung des europäischen Problems mit Mac Donald verständigen könnte, als etwa ein Theunis oder Jaspar.

Augenblicklich aber wäre die parlamentarische Basis einer sozialistisch-demokratischen Regierung, vorausgesetzt, daß sich die flämischen Demokraten entschlössen, sich endgültig von der Katholischen Partei zu trennen, noch zu eng und zu unsicher. Die 68 Sozialisten hätten mit den etwa 20 flämischen Demokraten, den 4 flämischen Frontparteilern und vielleicht noch zwei oder drei liberalen Demokraten gerade eine knappe Mehrheit in der Kammer. Im Senat wäre eine solche Regierung von vornherein in der Minderheit. Ein solches Kräfteverhältnis ist nicht gerade verlockend für eine überwiegend sozialistische Regierung.

Anders könnten sich die Verhältnisse nach baldigen Neuwahlen gestalten. An einen großen Umschwung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse ist bei dem belgischen Verhältniswahlsystem freilich nicht zu denken. Dagegen könnten in der inneren Zusammensetzung der Katholischen Partei, und in geringerem Maßstabe auch der Liberalen Partei, wichtige Veränderungen Platz greifen. Selbst wenn die Katholische Partei ihre jetzige Deputiertenzahl behauptet, so dürfte deren reaktionärer Flügel starke Einbuße zugunsten des demokratischen erleiden. Die Gruppe der 20 demokratischen Flamen kann leicht auf 30 oder mehr anwachsen. Dann wären die Elemente für eine hinreichende und stabile sozialistisch-demokratische Regierungsmehrheit gegeben.

Die belgischen Sozialisten und die Regierungsbildung.

Brüssel, 5. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der Generalrat der Sozialistischen Partei, der am Montag zur Regierungskrise Stellung nahm, hat Beschlüsse von außerordentlicher Tragweite gefaßt. Eine Resolution besagt, daß der Rücktritt der Verfassung verlustig würde, wenn er nicht versuche, eine neue Regierung aus den Parteien der Mehrheit vom 27. Februar zu bilden. Die Wiederherstellung der alten Koalition sei um so weniger zulässig, als diese nicht nur in der Frage des Handelsvertrags, sondern auch des Achtstundentags geschlagen worden sei. **Als Bedingung für den Eintritt der Sozialisten in ein Koalitionskabinett werden genannt: Ende der bisherigen Okkupationspolitik, friedliche Lösung des Reparationsproblems und Bekämpfung der Teuerung.**

*

Es bedarf keiner weiteren Erörterung, welchen großen Vorteil für die friedliche Lösung der europäischen Fragen es bedeuten würde, wenn eine belgische Regierungskoalition unter Einschluß der Sozialisten zustande käme, die in sehr wirkungsvoller Form die Bestrebungen der englischen Arbeiterregierung unterstützen könnte. Wenn dazu noch eine Linksorientierung in Frankreich und ein republikanischer Wahlsieg in Deutschland käme, so wären zweifellos alle Voraussetzungen für die Einleitung einer neuen, besseren Aera gegeben. An der deutschen Wählerschaft wird es liegen, dieser Entwicklung nicht durch Stärkung der auf eine Katastrophe hinarbeitenden Reaktion Hemmungen zu bereiten.

Englands Luftflotte.

Mindestens so stark wie die Luftflotte Frankreichs. • Kürzung sämtlicher Ausgaben-Etats, Erhöhung der Ausgaben für Unterrichtszwecke.

London, 5. März. (Eig. Drahtbericht.)

Das von der Arbeiterregierung vorzulegende Budget Englands wird nahe an 40 Millionen Pfund Sterling weniger Ausgaben enthalten als der vorjährige von der konservativen Regierung aufgestellte Haushaltsplan. Bemerkenswert ist, daß die Ausgaben für Armee und Marine 9½ Millionen Pfund Sterling niedriger sind als im Jahre vorher. Das neue Budget wird ebenfalls die finanzielle Unterstützung Nord-Irlands, die im vorigen Jahre der britischen Regierungskasse 3 400 000 Pfund gekostet hat, ausgeben. Die Sparmaßnahmen erstrecken sich auf die Ausgabeposten fast sämtlicher Ministerien. **Die Unterrichtsausgaben werden erhöht.** (!)

London, 5. März. (Eig. Drahtbericht.)

Im Oberhaus interpellierte der konservative Abgeordnete Lord Derry wegen der britischen Luftverteidigung. Er forderte, daß trotz des ernsthaften Wunsches auf Beschränkungen der Rüstungen der Umfang der britischen Luftflotte so groß sein müsse, daß die Sicherheit und Unverletzlichkeit des Britischen Reiches gewahrt werden könne. Entsprechend den Beschlüssen der letzten Reichskonferenz Großbritanniens müsse für eine Luftstreitkraft gesorgt werden, die stark genug sei, einem Angriff der stärksten Luftmacht zu widerstehen. Man dürfe nicht vergessen, daß man mit den Tatsachen der Politik und nicht mit den Theorien, die dem Völkerbundsgedanken zugrunde liegen, zu rechnen habe. Die Zeit für allgemeine Abrüstung sei noch nicht gekommen. Der Regierungsvertreter nahm gegen diese Interpellation Stellung, weil durch ihre Verwirklichung eine Situation geschaffen würde, in der ein Wettrüsten zwischen England und der stärksten fremden Luftmacht unausbleiblich sei. Die Macht, gegen die nach den Aeußerungen Lord Derrys die britischen Luftrüstungen sich wenden müßten, sei augenscheinlich Frankreich. Angesichts dessen müsse man sich doch fragen, was Frankreich zu der gegenwärtigen Debatte denken würde. Der letzte Leiter des britischen Luftamtes, der Konservative Sir Samuel, sei von anderem Geist gewesen als Lord Derry. Er habe eine vorsichtige und vernünftige graduelle Entwicklung der britischen Luftstreitkräfte vertreten. **Die Arbeiterregierung werde sich ebenfalls hüten, leichtfertig durch die Luftrüstungen eine gefährliche Situation zu schaffen. Der Plan der Landesverteidigung, den die Koalitionsregierung 1922 aufgestellt und die letzte konservative Regierung weiterverfolgt hat, werde von der Arbeiterregierung ohne Aenderung befolgt.**

Der Regierungsvertreter kündigt schließlich an, daß das Gesetz über die Regelung der Luftrüstung in Kürze dem Parlament zugehen würde. **Solange eine generelle Abrüstung nicht für alle Staaten gefordert würde, werde England natürlich nicht einseitig seine Streitkräfte reduzieren.** Am Schluß wurde der **Antrag Derrys, daß die britische Luftflotte immer so stark sein müsse, wie die stärkste Luftflotte irgendeines anderen Landes, angenommen.**

Ein neuer Staatssekretär. Auf Vorschlag des preußischen Innenministers beschloß das preußische Staatsministerium am Dienstag, den bisherigen hauptamtlichen Bevollmächtigten der preußischen Regierung zum Reichsrat Ministerialrat Dr. Meister zum Staatssekretär im Ministerium des Innern zu ernennen.

Der Kalif in der Schweiz. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Kalif ist gestern nach der Schweiz abgereist.

Das Reichswehrministerium gefährdet die Staatssicherheit.

Der neueste Münchener Prozeß-Skandal.

München, 4. März. (Eig. Drahtbericht.)

Bevor das Gericht am Dienstag mit der Vernehmung der Zeugen beginnen konnte, gab Rechtsanwalt Roder im Namen der gesamten Verteidigung

eine Erklärung

ab: In diesem Prozeß sind in ganz außergewöhnlicher Weise von nach verschiedenen Richtungen nahezu sämtliche Zeugen vorher beeinflußt worden. Die Wahrheit ist geknetet worden, die Zeitungen angewiesen, Erklärungen der Angeklagten überhaupt nicht zu veröffentlichen. Dafür sind einseitige sogenannte amtliche oder authentische Darstellungen veröffentlicht und an Personen Mitteilungen gemacht worden, die im Prozeß unbeeinflußt und unparteiisch ihr Zeugnis abgeben sollen. Von Lossow sind sämtliche Darstellungen in etwa 400 Exemplaren hergestellt und an höhere Offiziere, Gruppenkommandeure usw. verschickt worden. Das Gericht hat ein solches Exemplar in Händen. Darin sind Bezeichnungen, wie vertraulich, geheim, angebracht, woraus das schlechte Gewissen spricht, das Bewußtsein, daß mit der Schrift etwas getan ist, was nicht in Ordnung ist. Die bekannte Weiß-Blau-Broschüre (Venividi) enthält keinerlei Angaben, ob sie von Kahr, Lossow oder Seißer hergestellt oder veranlaßt ist. **Die Zeugenaussagen Seißers stimmen aber seitenweise nahezu wörtlich mit dem Inhalt dieser Broschüre überein.** Die Schrift ist also entweder von Seißer selbst oder durch seine Hintermänner verfaßt worden. **Kahr, Lossow und Seißer haben aber nicht nur andere Zeugen beeinflußt, sie haben auch unter sich ihre Aussagen gemeinsam verabredet.** Das widerspricht der Gerichtsordnung. **Es ist auffallend, daß die Zeugen Kahr, Lossow und Seißer zum Schluß des Verfahrens vernommen werden, und es hat den Anschein, als ob ihnen das gesamte Material des Vorverfahrens zuerst zugängig gemacht worden ist, ehe sie aussagten. Sie haben ihre Aussagen auf die Kenntnis der Akten eingestellt.** Daher ist die Verteidigung gezwungen, bei jedem Zeugen festzustellen, ob er direkt oder indirekt Beeinflussungsversuchen unterlegen ist. Rechtsanwalt Roder beantragt daher, **vor dem Zeugenverhör den Bericht Lossows zu verlesen.** Justizrat Zeschwitz unterstützt den Antrag. **Wie das Wehrkreiskommando hat auch die Landespolizei gearbeitet, um die Beteiligten im Sinne des Lossowschen Berichts zu informieren.** Viele der Protokolle tragen den Stempel des Staatsanwalts Dressel (desselben Staatsanwalts wie auch im Fuchs-Machhaus-Prozeß. D. Red.) Einem Hauptmann, der behauptete, daß Seißer seiner Gattin Mitteilung gemacht habe von seiner Ernennung zum Reichspolizeipräsidenten, wurde bedeutet, **daß er die Folgen zu tragen haben werde.** Nach Fertigstellung der Aussagen des Oberleutnants Kriebel begab sich **der Staatsanwalt sofort mit diesem Protokoll ins Wehrkreiskommando, um dort mit sämtlichen Offizieren in einer langen Konferenz die Aussagen durchzusprechen.** — Staatsanwalt Stenglein bestreitet, daß zwischen der Anklageschrift und der Schrift Lossows ein Zusammenhang bestehe. Die Anklagebehörde habe mit dem Bericht nichts zu tun und kein Material geliefert. — Rechtsanwalt Hemeter: Als im Vorverfahren Zeugen der Infanterieschule vernommen wurden, mußten diejenigen, die **günstig für den Angeklagten Wagner aussagten, während der fünfstündigen Vernehmung stramm stehen.** — Rechtsanwalt Holl: Die erste Darstellung des Geheimberichts von Lossow ist am 24. November an die Regimentskommandeure der 7. Division und **am gleichen Tage** die gleiche Darstellung wurde von Seißer an Einwohnergemeinden. Die gleiche Darstellung wurde von Seißer am 12. Dezember an die Chefs der Landespolizei versandt und schließlich wurde dieselbe Darstellung am 10. Januar an mehrere Vorsitzende der Offiziersvereine herausgegeben.

Nach kurzer Beratung verkündet das Gericht, daß die Verlesung des Berichts von Lossow einem späteren, vom Vorsitzenden zu bestimmenden Zeitpunkte vorbehalten bleibt. — Staatsanwalt Stenglein stellte hierauf den **Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit während der ganzen Vernehmung der geladenen militärischen Zeugen.** (!) Es handelt sich dabei um elf Offiziere der Infanterieschule, die über die Vorgänge in der Schule aussagen sollen. — Justizrat Zeschwitz: Die Aussagen der zu vernehmenden Zeugen stehen ohne Zweifel unter dem Druck der Anwesenheit der militärischen vorgesetzten Stellen, wodurch die Aussagen beeinflußt sein werden. — Für das Reichswehrministerium bittet Hauptmann Speck, da wesentliche Belange des Reichsheeres zur Verhandlung kommen, ihm die Anwesenheit zu gestatten; der Vertreter des Wehrkreiskommandos VII schließt sich dem Ersuchen an. Dagegen fordern die anderen Verteidiger ebenfalls die Entfernung der beiden Reichswehrvertreter. — Das Gericht beschließt darauf, während der Vernehmung der militärischen Zeugen die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszuschließen. **Auch dem Vertreter des Reichswehrministeriums bzw. Wehrkreiskommandos wird die Anwesenheit nicht gestattet.** (!)

Nachdem in der Geheimsitzung vom Vormittag auf eine Reihe von Zeugen verzichtet werden konnte, wurde am Nachmittag die Oeffentlichkeit wiederhergestellt. Das Gericht trat sofort in die Vernehmung der Zeugen von der Polizeidirektion ein, also der Kollegen des Angeklagten Frick.

Erster Zeuge ist der stellvertretende Polizeipräsident, Oberregierungsrat Tenner, der mit Frick seit langen Jahren freundschaftlich verkehrt hat. Aus Gesprächen mit ihm gewann ich den Eindruck, daß Frick durchaus rechts eingestellt und mit den führenden Persönlichkeiten der völkischen Bewegung sehr bekannt war. Ueber die Vorbereitungen zum Schutz der Versammlung von Kahr habe ich nichts erfahren. Als ich abends von der Revolution im „Bürgerbräukeller" erfuhr, ging ich sofort zur Polizeidirektion und begegnete schon auf der Straße Poehner und Frick, den ich ganz kurz fragte: Was habt ihr denn für Geschichten gemacht? Frick sagte mir aber nur, er und Poehner gingen jetzt zusammen zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403051-19/fragment/page=0001

Kahr zu einer Besprechung. — Vorsf.: Wäre Frick verpflichtet gewesen, Sie als stellvertretenden Polizeipräsidenten zu verständigen? — Zeuge: Nach meiner Ansicht jawohl. — Rechtsanwalt Roder: Wäre im Gang der Ereignisse eine Aenderung eingetreten, wenn Frick Sie verständigt hätte? — Zeuge: Nein! — Die Vernehmung Temmes ist damit zu Ende.

Zeuge Regierungsrat Balß hat der Versammlung im „Bürgerbräukeller" ebenfalls beigewohnt. Seine Schilderung der Vorgänge bringt nichts Neues. Der Zeuge ging dann pflichtgemäß in die Polizeidirektion. Bald darauf kam Poehner, der Frick zum Polizeipräsidenten ernannte. Dabei hatte der Zeuge den Eindruck, daß dem Angeklagten Frick die Uebertragung dieses Amtes überraschend gekommen ist. Poehner sprach dann mit dem Oberst Banzer von der Landespolizei und fragte: Herr Oberst, kann ich mich auf Sie und Ihre Leute verlassen? Banzer nahm eine stramme Haltung ein und erklärte, indem er Poehner die Hand gab: Vollundganz! Während Poehner und Frick bei Kahr waren, hatte ich einen Anruf von der Polizeidirektion Nürnberg, die mitteilte, daß die dortige Reichswehr nach München in Marsch gesetzt sei. Ich sagte, das verstehe ich nicht, und verständigte davon das Generalkommissariat. Hier entwickelte man mir aber ausweichend und sagte, damit sei wohl die Reichswehr in Passau gemeint. Das kam mir aber sonderbar vor, so daß ich Poehner und Frick verständigte. Im Zusammenhang mit der ergebnislosen Suche nach Lossow und Seisser wurde mir die Geschichte immer merkwürdiger, aber Poehner sagte: Da kann man keinen Zweifel haben, denn Kahr hat doch sein Wort gegeben. Ich fuhr dann nach Hause, wurde aber dort von meinem Kriminalkommissar angerufen, ob man eine Proklamation Kahrs anschlagen dürfe. Ich fragte, ob die Unterschrift in deutschen oder lateinischen Buchstaben geschrieben sei, dem ich wußte, daß Kahr in der Regel mit deutschen Buchstaben schreibt. Der Kommissar erklärte mir, die Unterschrift sei in lateinischen Buchstaben. Darauf mahnte ich zur Vorsicht und verwies den Kommissar an Poehner. Wenige Minuten darauf wurde mir dann mitgeteilt, Poehner habe das Anschlagen der Proklamation zunächst verboten. Da ich mich nun nicht mehr auskannte, ging ich zur Polizeidirektion zurück und hier wurde mir nun mitgeteilt, daß Poehner und Frick verhaftet worden seien, was mich tief erschütterte. (!)

Staatsanwalt Ehard: Sie sprache von einem möglichen Blutvergießen. Machten Ihnen also doch die Vorgänge im „Bürgerbräu" den Eindruck, als drohe Gewaltanwendung? — Zeuge: Nein, aber man stelle sich vor, der „Bürgerbräukeller" war umstellt von Leuten des Kampfbundes. Wenn die alarmierte Polizei gekommen wäre, hätte es zu einem Zusammenstoß kommen müssen. Es war also ein Verdienst Fricks, daß er die Polizei nicht alarmiert und eingesetzt hat. — Staatsanwalt: Wie hat die Erklärung gelautet, die Hitler abgegeben hat? Doch wohl so: Die Leitung der Politik der provisorischen nationalen Regierung übernehme ich. — Zeuge: Das weiß ich nicht genau. Jedenfalls ist in Hitlers Aeußerungen von einer politischen Tätigkeit die Rede gewesen. Wie diese gestaltet sein sollte, ist mir nicht klar gewesen, weil ich mich fragte, was will nur Herr Hitler werden? Wird er Reichskanzler oder sonst etwas? — Staatsanwalt: Schlossen Sie daraus, daß er den Reichskanzlerposten übernehmen will, oder nur der Trommler einer Bewegung sein will? — Zeuge: Daß er den Reichskanzlerposten übernimmt, das glaubte ich nicht. Aber man hat in den vaterländischen Kreisen früher schon immer davon gesprochen, es wäre gut, wenn Kahr den Hitler als seinen Trommler annehmen würde. — Zu diesem Punkt nimmt

Hitler das Wort und erklärt,

es gäbe für ihn in diesem Punkte überhaupt keine Bescheidenheit. Wenn ein Hotelier aus Bremen deutscher Reichspräsident sei, so halte er eine solche Bescheidenheit für ganz verfehlt. (!) Ich habe erklärt: Die Leitung im politischen Kampf übernehme ich. Die Abrechnung mit den Novemberverbrechern übernehme ich ebenfalls, erklärte ich, und das wird auch mein Reservatrecht sein und bleiben, wenn nicht jetzt, so zu einer kommenden Zeit, Herr Staatsanwalt! (!!)

Rechtsanwalt Kohl: Wäre es dem Staatsanwalt nicht möglich gewesen, Ehrhardts Adresse auf der Polizeidirektion zu erfahren? — Zeuge Balß: Ich weiß es persönlich nicht. Wenn aber der Staatsanwalt gefragt hätte, dann hätte man, wie in anderen Fällen, nachforschen müssen, wo er wohnt. — Rechtsanwalt Kohl: Ist Ihnen bekannt, daß seit Beginn der Verhandlung Kapitänleutnant Ehrhardt, um mich dichterisch auszudrücken, „zu Schiff nach Frankreich" ist? — Zeuge: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Zum Schluß sollten noch die beiden Zeugen Major Huber aus Bayreuth und der Apotheker Straffer aus Landshut vernommen werden über die Besprechung am 28. Oktober im Kampfbund wegen der dortigen Erwähnung des Namens Frick als künftigen Polizeipräsidenten. Staatsanwalt Stenglein regt an, mit Rücksicht darauf, daß in der Hauptsache in dieser Sitzung militärische Dinge zur Sprache kommen, die Oeffentlichkeit auszuschließen. (!) Das Gericht faßt einen entsprechenden Beschluß.

Das ausgeschlossene Wehrministerium.

Zu der Ausweisung des Vertreters des Reichswehrministeriums aus dem Sitzungssaal des Münchener Gerichts während der Aussagen der Münchener Infanterie-Offiziersschüler bemerkt das „B. T." u. a. das Folgende:

Die Infanterieschule in München ist bekanntlich die einzige Offiziersschule der Reichswehr gewesen. Der ganze Offiziersnachwuchs aus allen Teilen des Reiches wurde in München ausgebildet. Nun haben sich die Infanterieschüler geschlossen den Hochverrätern zur Verfügung gestellt. Gewiß gibt es keine ärgere Gefährdung der öffentlichen Ordnung und der Staatssicherheit, als wenn in dieser Weise der Nachwuchs des deutschen Offizierkorps zu wahnwitzigen Verbrechen gegen Reich und Staat mißbraucht wird. Und gewiß liegt nichts mehr im Interesse der öffentlichen Ordnung und der Staatssicherheit, als daß dieser Vorgang genau aufgeklärt, auch der letzte Mitschuldige festgestellt und das Reichswehrministerium u. die Lage versetzt wird, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Das Gericht aber steht offenbar eine Gefährdung der Staatssicherheit dann als gegeben an, wenn Reichswehrministerium und Wehrkreiskommando die Möglichkeit bekommen, für die Staatssicherheit zu sorgen. Dieser fast unglaubliche Vorgang enthüllt eine Gegensätzlichkeit des Rechtsempfindens, die in einem Prozeß, dessen Gegenstand der Hochverrat gegen das Reich bildet, und der vor einem nach Reichsrecht zuständigen Gericht geführt wird, für den weiteren Verlauf des Verfahrens und das Urteil Befürchtungen erweckt.

Friedrich Adler auf dem Berliner Bezirksparteitag.

Der „Vorwärts" gibt in seiner Donnerstag-Morgenausgabe die Rede Friedrich Adlers auf dem Berliner Bezirksparteitag wieder. Der Schluß der sehr bemerkenswerten Ausführungen lautet folgendermaßen:

Es ist in Deutschland vieles geschehen, was Kritik nach der einen oder der anderen Seite erfordern würde. Ich glaube aber niemals, daß Fehler nur auf der einen Seite sind. Jede Seite sieht die Fehler der anderen und nimmt sich aus diesen Fehlern das Recht, selber Fehler zu machen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Es ist sozusagen eine Art Influenzamaschine der politischen Fehler. Man hat uns Oesterreichern sehr mit unseren Wahlerfolgen geschmeichelt. Was würden wir Oesterreicher in einem Augenblick wie dem gegenwärtigen tun? Wir würden sagen:

Jetzt ist nicht die Zeit für eine Diskussion, jetzt ist die Zeit für eine Aktion,

wir treten in einen entscheidungsvollen Kampf ein und wir werden uns nicht zur Freude unserer Gegner durch die Austragung innerer Konflikte behindern lassen. (Stürmische Zustimmung.) Ich bin sehr erstaunt gewesen, daß man jetzt meint, jetzt sei die Zeit für die Abhaltung eines Parteitags gekommen. Bei uns in Oesterreich hält man auch Parteitage ab, aber nur dann, wenn sie fruchtbringend sein können. (Lebhafte Zustimmung.) Wir tun es nicht in einem Augenblick, wo folgende drei Gefahren bestehen: Die eine Gefahr ist die, daß mit Rücksicht auf die Wahlen nicht alles gesagt wird, was zu sagen wäre. Ein Parteitag, der unter dem Drucke steht, den Gegner nur ja nicht in die Karten schauen zu lassen, ist nach meiner Meinung kein wirklicher Parteitag. (Sehr richtig!) Andererseits ist es, wenn die Genossen kein Blatt vor den Mund nehmen, eine direkte Niederlage der Partei, weil wir ganz sicher sind, daß jedes Wort von den Gegnern ausgenutzt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Wahlen werden zeigen, wie stark wir sind und dann bestimmen wir auf dem Parteitage, was wir in dem Kampf, in den wir nun neu eintreten, mit unserer Kraft zu tun haben. Das scheint mir dem Grundsatz zu entsprechen: gewiß Meinungsfreiheit, aber die Bedingungen der Aktion dürfen nicht durch die Bedingungen der Diskussion beeinträchtigt werden. Ich will Sie aber nicht dazu provozieren, jetzt eine Diskussion über die Rüstigkeit einer Diskussion abzuhalten. (Heiterkeit.)

Genossen, Sie haben in diesem Augenblick der Wahlen die Pflicht, alle kleinen Gesichtspunkte in den Hintergrund treten zu lassen, sich klar zu sein, was an dieser Entscheidung tatsächlich hängt. Es gibt viele, die glauben, ihre Verbindung mit der Partei lockern zu dürfen, weil sie nicht ihren Erwartungen entsprochen hat. Ich glaube wir haben als Vertrauensmänner andere Aufgaben, als zu den Rittern der Konjunktur zu gehören. (Sehr gut!) Es ist notwendig, mit aller Kraft jenen Leuten Widerstand zu leisten, die die Parteimüdigkeit hervorkehren.

Was auch wird, wie auch immer der Wahlkampf ausgehen möge, so große Fehler gemacht sein mögen, das, was lebt, ist die deutsche Arbeiterklasse, die sich ihre Organisation schaffen muß. Darum, Genossen, gestatten Sie mir, mit einem Wort Bebels zu schließen, das mir einfällt, da es mir vergönnt ist, an ihrem Platz zu sprechen, das mir seit meiner Kindheit in Erinnerung ist, als jener Platz, von dem Bebel seine gewaltigen Reden gehalten hat, mit den Worten: Vorwärts, vorwärts, vorwärts! (Stürmi. Beifall.)

Der hannoversche Bezirksparteitag

vom vergangenen Sonntag stellte sich einmütig auf den Boden der Parteimehrheit. Als Reichstagskandidat für Hannover wurde wieder der Genosse Böttcher aufgestellt. Eine lebhafte Diskussion entspann sich über die Spitzenkandidatur Noskes. Der Bezirksvorstand vertrat die Ansicht, daß es richtiger wäre, wenn Noske sich nur seinem Amte widmen würde und sich nicht durch das Mandat ablenken ließe. Eine Einigung über die Spitzenkandidatur wurde aber nicht erzielt. Am nächsten Sonntag wird eine neue Konferenz in Uelzen die endgültige Klärung bringen.

Ferner wurde einstimmig folgende Resolution über die Welfen-Frage angenommen:

„Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Hannover erklärt einmütig, daß alle Sozialdemokraten des Bezirks entschlossen sind, die Bestrebungen der Deutsch-Hannoverschen Partei auf Zerstörung Preußens zu vereiteln. Er fordert alle hannoverschen Proletarier in Stadt und Land auf, den monarchistischen, wirtschaftlich, politisch und sozial reaktionären Charakter der deutsch-hannoverschen Bestrebungen niemals zu vergessen und der Deutsch-Hannoverschen Partei am Tage der Vorabstimmung jede Gefolgschaft zu verweigern."

Zuletzt wurde noch beschlossen, den Verlag der Zeitung des „Volkswillen" Hannover aus dem Besitz der Provinzialorganisation in den Besitz des Ortsvereins Hannover zu übertragen.

Große Koalition in Oldenburg.

Oldenburg, 5. März. (Eig. Drahtbericht.)

Nach langen Verhandlungen, die seit den letzten Landtagswahlen am 6. Juni 1928 immer wieder aufgenommen wurden, ist jetzt eine Einigung unter den Parteien über die Ablösung des bisherigen Beamtenministeriums durch ein parlamentarisches Kabinett zustande gekommen. Die frühere Kleine Koalition zwischen Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten unter dem Demokraten Tantzen als Ministerpräsident wird abgelöst durch die Große Koalition, in der das Zentrum den Ministerpräsidenten stellt. Diesen Posten übernimmt der frühere Finanzminister Driver. Die Sozialdemokratie und die Demokraten stellen ebenfalls wieder ihre früheren Minister: den Genossen Meyer für soziale Fürsorge und Verkehr, Tantzen als Innenminister. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Kultus, Justiz, Handel und Aeußeres vorbehalten ist, steht noch nicht endgültig fest. Der Ministerpräsident übernimmt gleichzeitig das Finanz- und Landwirtschaftsministerium.

Die Frau in der Politik.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Genossin Bohm-Schuch in der Dienstag-Morgenausgabe des Zentralorgans unserer Partei einleitend das Folgende:

Die Frage, ob die Frau in der Politik etwas geleistet hat, ist bisher kaum wesentlich erörtert worden. Weder in unserer noch in einer anderen Partei. Die Arbeit einzelner Frauen auf einzelnen Gebieten wird merkannt, aber ungefähr so wie angelernte Teilarbeit im Wirtschaftsleben. Verstand und Kraft, den Gang der politischen Ereignisse im Interesse des ganzen Volkswohls zu beeinflussen, nehmen die Männer für sich in Anspruch. Tradition, Gewohnheit, Gedankenlosigkeit kommen zusammen, um diesen Zustand als selbstverständlich und gegeben hinzunehmen. Ganz allgemein werden die Frauen in der Politik heute so beurteilt, wie die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterschaft einst von allen bürgerlichen Parteien. Daraus ergibt sich bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Wahlen ein Zustand, der meines Erachtens eine große Gefahr für unser politisches Leben in sich trägt. Es muß „eine Frau" auf der Liste sein; 50 Prozent der Wählerschaft ist nun einmal weiblichen Geschlechts, und diesem Umstand muß Rechnung getragen werden. So kommt denn auf die meisten Listen die Frauenkandidatur als Köder für die weibliche Wählerschaft. Das ist ja für jeden denkenden Menschen, vor allen Dingen aber für jede denkende Frau ein ganz unwürdiger Zustand. Am unwürdigsten, wenn er in unserer Partei zutage tritt. Es war das Verdienst der Sozialdemokratie, daß sie niemals für Geschlechterrechte, sondern stets für Menschenrechte eingetreten ist. August Bebel hat unsere Partei klar und unzweideutig auf diese Bahn gewiesen. Sein Buch „Die Frau und der Sozialismus" zeigt nicht nur, welch großes Unrecht die Staats- und Gesellschaftsmoral in der Zurücksetzung der Frauen an der gesamten Menschheitsentwicklung durch Jahrtausende beging, sondern er beweist gleichzeitig, wie dieses System in der zukünftigen Entwicklung sich rächen müßte. Darum kämpfen er für den Aufstieg der gesamten Arbeiterklasse, Männer und Frauen, und sagt den bürgerlichen Frauen, daß die Befreiung ihres ganzen Geschlechts in dem Maß und Tempo erfolgen wird, wie der Sozialismus in Staat und Wissenschaft an Boden gewinnt. — Bebel wird in unserer eigenen Partei oft zitiert, seine grundsätzlichen Lehren werden ebensooft ausgeschaltet; viele, die vor ihm sprechen, kennen ihn überhaupt nicht.

Wenn man die Frau als den gleichberechtigten Menschen auch als Wählerin betrachtet, dann darf man ihr keinen Köder hinwerfen. Das heißt, dann darf man keine Frau auf die Kandidatenliste bringen, die den männlichen Kandidaten nicht in jeder Weise geistig gleichwertig ist. Sind aber solche Frauen vorhanden, dann darf man sie nicht, weil sie „nur Frauen" sind, an Stellen bringen, an denen sie nichts weiter als Dekoration bedeuten. Dann haben die Frauen als Wählerinnen das Recht, die tüchtigen Menschen ihres Geschlechts an Stellen zu wissen, von denen aus sie auch ins Parlament gewählt werden.

Aquis submersus.

(In den Wassern versunken.)

14. Novelle von Theodor Storm.

Böser Ahnung voll ging ich endlich fort und nahm einen Umweg nach dem Hofe zu. Da ich inmitten dem Tore zwischen die Eichen kam, begegnete mir Dieterich. „Herr Johannes," sagte er und trat hastig auf mich zu, „Ihr seid die Nacht schon in Lettens Krug gewesen; sein Junge brachte mir Euren Gruß zurück; — was habet Ihr mit unsern Junkern vorgehabt?"

„Warum fragst du, Dieterich?"

— „Warum, Herr Johannes? — Weil ich Unheil zwischen euch verhüten möcht."

„Was soll das heißen, Dieterich?" frug ich wieder; aber mir war beklommen, als sollte das Wort mir in der Kehle ticken.

„Ihr werdet's schon selber wissen, Herr Johannes!" entgegnete der Alte. „Mir hat der Wind nur so einen Schall davon gebracht; vor einer Stunde mag's gewesen sein; ich wollte den Burschen rufen, der im Garten an den Hecken pützte. Da ich an den Turm kam, wo droben unser Fräulein ihre Kammer hat, sah ich dorten die alte Bas' Ursel mit unserem Junker dabei beisammenstehen. Er hatte die Arme unterschlagen und sprach kein einzig Wörtlein; die Alte aber redete einen um so größeren Haufen und jammerte ordentlich mit ihrer feinen Stimme. Dabei wies sie bald nieder auf den Boden, bald hinauf in den Efeu, der am Turm hinaufwächst. — Verstanden, Herr Johannes, hab ist von dem allen nichts; dann aber, und nun merket wohl auf, hielt sie mit ihrer knöchern Hand, als ob sie damit drohete, dem Junker was vor Augen; und da ich näher hinsah, war's ein Fetzen Grauwerk, just, wie Ihr's da an Euerem Mantel traget."

„Weiter, Dieterich!" sagte ich; denn der Alte hatte die Augen auf meinen zerrissenen Mantel, den ich auf dem Arme trug.

„Es ist nicht viel mehr übrig," erwiderte er; „denn der Junker wandte sich jählings nach mir zu und frug mich, wo Ihr anzutreffen wäret. Ihr möget mir es glauben, wäre er in Wirklichkeit ein Wolf gewesen, die Augen hätten blutiger nicht funkeln können."

Da frug ich: „Ist der Junker im Hause, Dieterich?"

— „Im Haus? Ich denke wohl; doch was sinnet Ihr, Herr Johannes?"

„Ich sinne, Dieterich, daß ich alsogleich mit ihm zu reden habe."

Aber Dieterich hatte bei beiden Händen mich ergriffen. „Gehet nicht, Johannes," sagte er dringend; „erzählet mir zum wenigsten, was geschehen ist; der Alte hat Euch ja sonst wohl guten Rat gewußt!"

„Hernach, Dieterich, hernach!" entgegnete ich. Und also mit diesen Worten riß ich meine Hände aus den seinen.

Der Alte schüttelte den Kopf. „Hernach, Johannes," sagte er, „das weiß nur unser Herrgott!"

Ich aber schritt nun über den Hof dem Hause zu. — Der Junker sei eben in seinem Zimmer, sagte eine Magd, so ich im Hausflur drum befragte.

Ich hatte dieses Zimmer, das im Unterhause lag, nur einmal erst betreten. Statt wie bei seinem Vater sel. Bücher und Karten, war hier vielerlei Gewaffen, Handröhre und Arkebusen, auch allerart Jaghgeräte an den Wänden angebracht; sonst war es ohne Zier und zeigete an ihm selber, daß niemand auf die Dauer und mit seinen ganzen Sinnen hier verweile.

Fast wär ich an der Schwelle noch zurückgewichen, da ich auf des Junkers „Herein" die Tür geöffnet; denn als er sich vom Fenster zu mir wandte, sahe ich eine Reiterpistole in seiner Hand, an deren Radschloß er hantierte. Er schauete mich an, als ob ich von den Tollen käme. „So!" sagte er gedehnet; „wahrhaftig, Sieur Johannes, wenn's nicht schon sein Gespenste ist!"

„Ihr dachtet, Junker Wulf," entgegnete ich, indem ich näher zu ihm trat, „es möcht der Straßen noch andere für mich geben, als die in Euere Kammer führen!"

— „So dachte ich, Sieur Johannes! Wie Ihr gut raten könnt! Doch immerhin, Ihr kommt mir eben recht; ich hab Euch suchen lassen!"

In seiner Stimme bebte was, das wie ein lauernd Raubtier auf dem Sprunge lag, so daß die Hand mir unversehens nach dem Degen fuhr. Jedennoch sprach ich: „Höret mich und gönnet mir ein ruhig Wort, Herr Junker!"

Er aber unterbrach meine Rede: „Du wirst gewogen sein, mich erstlich anzuhören! Sieur Johannes" — und seine Worte, die erst langsam waren, wurden allmählich gleichwie ein Gebrüll — „vor ein paar Stunden, da ich mit schwerem Kopf erwachte, da fiel's mir bei und reuete mich gleich einem Narren, daß ich im Rausch die wilden Hunde dir auf die Fersen gehetzet hatte; — seit aber Bas' Ursel mir den Fetzen vorgehalten, den sie dir aus deinem Federbalg gerissen — beim Höllenelement! mich reut's nur noch, daß mir die Bestien solch Stück Arbeit nachgelassen!"

Noch einmal suchte ich zu Worte zu kommen; und da der Junker schwieg, so dachte ich, daß er auch hören würde. „Junker Wulf," sagte ich, „es ist schon wahr, ich bin kein Edelmann; aber ich bin kein geringer Mann in meiner Kunst und hoffe, es auch wohl noch einmal den Größeren gleichzutun; so bitte ich Euch geziementlich, gebet Eure Schwester Katharina mir zum Ehgemahl" —

Da stockte mir das Wort im Munde. Aus seinem bleichen Antlitz starrten mich die Augen des alten Bildes an; ein gellend Lachen schlug mir in das Ohr, ein Schuß — — — dann brach ich zusammen und hörete nur noch, wie mir der Degen, den ich ohn Gedanken fast gezogen hatte, klirrend aus der Hand zu Boden fiel.

*

Es war manche Woche danach, daß ich in dem schon bleicheren Sonnenschein auf einem Bänklein vor dem letzten Haus des Dorfes saß, mit matten Blicken nach dem Wald hinüberschauend, an dessen jenseitigem Rande das Herrenhaus belegen war. Meine trüchten Augen suchten stets aufs neue den Punkt, wo, wie ich mir vorstellete, Katharinens Kämmerlein von drüben auf die schon herbstlich gelben Wipfel schaue; denn von ihr selber hatte ich keine Kunde.

Man hatte mich mit meiner Wunde in dies Haus gebracht, das von des Junkers Waldhüter bewohnt wurde; und außer diesem Mann und seinem Weibe und einem mir unbekannten Chirurgus war während meines langen Lagers niemand zu mir kommen. — Von wannen ich den Schuß in meine Brust erhalten, darüber hat mich niemand befragt, und ich habe niemanden Kunde gegeben: des Herzogs Gerichte gegen Herrn Gerhardus' Sohn und Kathariens Bruder anzurufen, konnte nimmer mir zu Sinne kommen. Er mochte sich dessen auch wohl getrösten; noch glaubhafter jedoch, daß er allen diesen Dingen trotzete.

(Fortsetzung folgt.)

Nähr Dich mit
Porath!
Eiweiß-Nähr-Kakao spart Milch und Zucker
Puddings und Soßen auch ohne Milch vorzüglich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240305 1-19/fragment/page=0002

Die Leipziger Messe.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Die Leipziger Messe kann, was die Besucherzahl anbetrifft, einen Rekord aufweisen. Die Besucher wurden am Sonntag auf ungefähr 120 000 geschätzt. Am Montag hielt der Andrang bedeutend nach. Der kaufmännische und volkswirtschaftliche Zweck der Messe tritt unmittelbar in Erscheinung. Die flotten Zuschauer von noch und fern, die der Messeonkel mit dem Namen „Zeitgeist" befegt, haben sich verlaufen. Das gut kaufmännische Feilschen um die Ware beginnt. Im allgemeinen kann man von einem wahren Heißhunger sprechen, da anscheinend die hinter uns liegenden Inventurverkäufe die Läger mehr gelichtet haben, als man bisher annahm. Aber das Geld ist sehr knapp, und deshalb bestehen die Käufer auf gedrückten Preisen. Sie tun klug daran, denn hier in Leipzig tummelt sich die Nachfrage und das Angebot eines über die Grenzen Deutschlands reichenden Wirtschaftsgebietes. Hier muß sich also in diesen Tagen der heiße Kampf um das deutsche Preisniveau entscheiden. Da nun — man muß schon sagen glücklicherweise — das Ausland in der Nachfrage fast ganz ausfällt, kann die Entscheidung nicht zweifelhaft sein: die meisten Aussteller betrachten deshalb auch dem neugierigen oder nicht legitimierten Auftrager gegenüber ihre Preise als geheime Angelegenheit. Diese Heimlichtuerei ist noch immer ein Zeichen für die Neigung gewesen, die Konkurrenz von nebenan und gegenüber im Preise zu unterbieten. Die meisten Verkäufer werden wohl die Preisleiter ganz bedeutend herabsetzen müssen. So mancher von ihnen hat, indem er die nicht geringen Unkosten für Leipzig aufbrachte, sein letztes Pulver verschossen. Bringt er keine Aufträge herein, so ist er pleite. Die Lage ist infolgedessen so, daß ganz wahrscheinlich in nächster Zeit der Pleitegeier bei uns ein bekanntes Haustier sein wird.

Fragt man die Aussteller nach dem Gang des Geschäfts, so heißt es in Leipzig allgemein: Wir reflektieren nur auf das Inlandsgeschäft, das Auslandsgeschäft fällt völlig aus. Es muß ausfallen, soweit es nicht unbedingt auf besondere deutsche Erzeugnisse angewiesen ist und unsere Monopolpreise schlucken muß. Wir sind für das Ausland noch viel, noch immer viel zu teuer. Textilien, Leder und Stahlwaren, Gebrauchsartikel, denen gegenüber sich die Käuferschaft belondert reserviert verhält, und die kleinen Maschinen liegen mit einem nicht unerheblichen Druckteil über dem Weltmarktpreis. Die Gründe sind bekannt. Solinger Stahlwarenfabrikanten erklären: An den Löhnen liegt die Preisübersetzung nicht, sie sind genügend nivelliert. Aber das Rohmaterial ist für uns noch immer viel zu teuer. Sie haben recht. Ausländisches Leder z. B. ist trotz Zoll und Fracht billiger als deutsches Leder. Kein Wunder, daß der Offenbacher Portefeuiller mit ca. 30 Prozent über den Preisen der ausländischen Konkurrenz steht. Die Industrie ist sich auch darüber klar, daß man diesen deutschen Uebeln nicht mit protektionistischen und schutzzöllnerischen Maßnahmen abhelfen kann; es gibt nur einen Weg zur Gesundung und zur Belebung des Exports, die Reinigung der Kalkulation und die Reduzierung des Profits bis zum äußersten. Hinsichtlich der Verlängerung des Arbeitstages und der Reduzierung der Löhne ist die deutsche Industrie rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft vorgegangen. Mag sie jetzt Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst zeigen.

Wir zweifeln nicht, daß unsere Wirtschaft bald dahin kommen wird. Die Ausländer in Leipzig, die in den letzten Jahren ihre beste Stütze waren, sind jetzt ein warnendes Menetekel. Als Aussteller kommen in Leipzig nur die Industrien der Mittelstaaten Nachfrägestaaten in Frage: Wien mit seinen gefälligen Galanteriewaren und die Tschechei mit ihrem unerreichten Glas, Kristall, Porzellan usw. Mehr geflagt wird schon über die andere allgemeine Konkurrenz, die sich nur außerhalb der Mauern Leipzigs bemerkbar macht. Sie geht besonders von Frankreich aus. Frankreich bietet z. B. Rasiermesser mit 80 Prozent unter Solinger Preis an. Außerdem überbietet es besonders die Tschechei in Kristall, Porzellan usw. Die deutschen Verkäufer haben also dem französischen Konkurrenten nur noch den Vorteil der Lieferungsbestimmtheit und Sicherheit entgegenzusetzen. Das hindert aber nicht, daß der ausländische Reflektant, besonders der Warenhauskönig aus Dollarika, der wie eine sparsame Hausfrau den ganzen Kontinent nach Billigkeit abtuscht, in Leipzig exkommuniziert, im Gablonz sich umsieht und die Produktionsstätten in den kleinsten sächsischen Heimarbeiterdörfern aufsucht, sich für den billigen französischen Inflationspreis entscheidet. Er geht eben nicht nach Leipzig, sondern nach Paris. Französische, italienische und Angehörige anderer valutaschwachen Staaten kommen in Leipzig als Käufer nicht mehr in Frage. Für sie sind wir Edelvaluta geworden.

Bleibt also für die deutsche Industrie nur das Inlandsgeschäft übrig, auf das sich die ganze Leipziger Messe heißhungrig stürzt. Aber auch hier machen sich Komplikationen bemerkbar. Geschäfte können nur abgeschlossen werden, wenn Kredite gewährt werden. Gewöhnlich wird für die Barzahlung sechs Wochen Ziel in sechs Akzepten eingeräumt. Große Maschinenfabriken geben über ein Jahr Zahlungsziel. Hier sind Fälle bekannt geworden, wo die Maschinenindustrie nach Südamerika sechs Monate Kredit eingeräumt hat. Die Tatsache beleuchtet grell die Ausland-Gnthabenpolitik unserer Industrie; denn wer solche Kredite für solche lange Zeit ertragen kann, muß Reserven und Rückhalt in finanzieller Beziehung haben. Im übrigen kann gesagt werden, daß die Leipziger Messe die neue Einrichtung der deutschen Kreditwirtschaft herbeigeführt hat. So ist es sicherlich der deutschen Wirtschaft gelungen, Aufträge von Belang hereinzubekommen. Ziehen wir also die Bilanz: Die Krise ist beendet. Das hat Leipzig klar und deutlich bewiesen, und wenn es die Industrie nicht wahr haben will, um besondere Ziele durchzusetzen, müssen wir sie mit doppelter Betonung für beendet erklären. Des Jammers über die Krise ist genug. Die deutsche Industrie muß endlich an die Arbeit gehen und zur Selbsterkennung der Ursachen der Krise kommen, die bei ihr liegen.

In technischer Beziehung hat sich die deutsche Industrie in Leipzig diesmal besser repräsentiert, als wir erwartet hatten. Selbstverständlich konnten Krieg und Inflation nicht ohne Einfluß auf unsere technische Entwicklung bleiben. Der Vorsprung, den z. B. Amerika in allem, was die Arbeitskraft sparende Maschinen betrifft, erzielt hat, beweist das. Zum Teil ist aber diese Tatsache auch durch den Mangel an Urmaterial zurückzuführen. Unser Rückstand in der Spritz-Guß-Industrie und der relativ gegenüber Amerika langsamere Fortschritt in der deutschen Elektrotechnik ist sicherlich durch den Mangel an Kupfer und Zinn zu erklären. Aber auch hier machen sich Fortschritte bemerkbar, z. B. heuern wir geradenwegs auf die Einführung einer Vollautomatik. Auf dem Messegelände führt die Firma Linke-Hofmann, Lauchhammer, ein Riesenmessegebäude, 180 Meter lang und 170 Quadratmeter Raum fassend, auf. Der frohe Bau sagt uns, daß der deutsche Arbeiter und der deutsche Pionier, die die Montage in Chrom-Nickelstahl in wenigen Wochen bei Frost und Schneegestöber fertig stellten, noch immer allererster Klasse ist. Der deutsche Arbeiter — und das hat Leipzig gezeigt — hat seine gute Qualifikation nicht eingebüßt und steht unter seinen Arbeitsgenossen auf dem Weltmarkt heute noch immer an erster Stelle. Stehen wir auch auf vielen Gebieten, wie auf dem der Schreibmaschinen und der Kleinautomobilindustrie, gegen Amerika bedeutend zurück, so haben wir auf anderen Gebieten einen bedeutenden Vorsprung inne, der sich sehen lassen kann. Wir erinnern nur an die Fortschritte in der Verwertung von geringerem Urmaterial, z. B. an die Fortschritte in der Braunkohlenindustrie, der Staubfeuerung, der Urgewinnung, die die Braunkohlenmesse in Leipzig bemonstrierte. Sie zeigt eine grandiose Leistung. Sie gibt uns aber auch den Weg der Gesundung an. **Nicht durch Ausbeutung des Menschen, auf die das deutsche Unternehmertum jetzt wieder verfällt, kommen wir aus dem wirtschaftlichen Elend heraus, sondern durch Anwendung der Technik auf den Produktionsprozeß.** Das ist die wichtigste Lehre von Leipzig, die über der Entwicklung in unserer Wirtschaft und Industrie in leuchtenden Buchstaben stehen sollte.

Von unserem Leipziger Mitarbeiter wird über die Leipziger Messe noch das Folgende geschrieben:

Wie wohl nicht anders zu erwarten, steht die diesjährige Frühjahrsmesse im Zeichen einer freilich in den ersten Anfängen sichtbaren Aufwärtsentwicklung der deutschen Industrie. Wie ganz anders sah es doch vor Jahresfrist aus, da infolge der kurz zuvor begonnenen Ruhrbesetzung die Erzeugnisse Rheinland-Westfalens fast oder ganz fehlten. Jetzt scheint auch dort der Nullpunkt überwunden zu sein. — Gleich am Sonntag, als erster Tag, brachte diesmal einen ungeheuren Ansturm, nicht nur von Privaten. Die Webwarenindustrie und deren Großhandel erzielten teilweise Aufträge in beträchtlichem Umfange. Bei der Nagerifsenheit fast des gesamten deutschen Volkes kein Wunder. Aber trotzdem wird nicht übermäßig gekauft, weil infolge der wahnsinnigen, ja verbrecherischen Lohn- und Gehaltspolitik der jüngsten Vergangenheit, der Gegenwart und leider auch einer nicht weit oder minder ferneren Zukunft kein Geld unter den Leuten ist. Einige Fabriken für Sonderzwecke dienenden Kleinmaschinen dürften auch mit den erhaltenen Bestellungen zufrieden sein. Auf dem Uhrenmarkt herrscht seltsamerweise Warenknappheit, so daß Großisten keine Zusagen erhielten. Viele der Aussteller werden auf die Auslandskunden warten, die aber auch die geforderten Preise selten annehmen dürften. In den Abteilungen der Elektrotechnik, ja mit einigen ansehnlichen Kiosken von Einzelfirmen, beherrscht der Rundfunk das Feld. Mehr als 100 Hersteller- und Großhandelsfirmen versuchen ihre Apparate mit Zubehör an die zahlungsfähige Menschheit zu bringen. — Leipzig, das in diesen Tagen ein zahlreiches internationales Publikum sieht, entwickelt sich immer mehr zum Weltverbandsmittelpunkt. Noch ist Platz genug auf dem ausgedehnten Gelände der technischen Messe für ziegige Hallenbauten. Eine solche in Riesenformat ist im Rohbau fast fertig. Sie soll im kommenden Herbst schon Groß- und Großwerkzeugmaschinen aufnehmen. Ein prächtiger Bau ist das jetzt erstmalig benutzte „Haus der Elektrotechnik". Die laufende Messe bestärkt durch die Fülle von Zeugen deutschen Fleißes den Besucher in der zuversichtlichen Hoffnung, daß sich ein Volk, das solche Werte schafft, Weltgeltung ohne Waffengewalt verschaffen wird, trotz Poincaré und anderen.

Der internationale Devisen-Markt.

Einen sehr scharfen Rückgang hat der französische Frank gestern erfahren. Nachdem vorgestern abend bereits an der Pariser Börse das englische Pfund auf 104,95 und der Dollar auf 24,43 gestiegen war, hat die Abwärtsbewegung sich heute in stärkerem Ausmaße fortgesetzt. London gegen Paris wurde hier bis 106¾ per Kasse, mit 113½ per Ultimo Mai gehandelt. Kabel gegen Paris wurde mit 24⅞ à 25⅛ per Kasse bewertet. Dennach Kabel gegen Paris per Ultimo April 25¾ — 26, per Ultimo Mai 26½—⅝, per Ultimo Juni 27½. Die Mark liegt im Ausland eher etwas fester. Aus Amsterdam wird ein Kurs von 59⅝—60⅛ gemeldet, aus Zürich von 1,29½. Aus London liegt ein Kurs von 19¼ vor. Bei der Kursfeststellung traten nennenswerte Veränderungen nicht ein. Kabel Neuyork 4,2, London 18,1 Billionen.

Bei der Zuteilung wurde Kabel Neuyork mit 1 Prozent (gestern 2) repartiert. Der Mehrbedarf an Kabel Neuyork betrug etwa 12 Prozent, der die Herabsetzung auf 1 Prozent an sich nicht unbedingt nötig gemacht hätte. Anscheinend sind aber wohl bei der Reichsbank die Eingänge in Kabel Neuyork selbst nicht so umfangreich, so daß man deshalb die Zuteilung ermäßigt hat. Ferner wurden London, Holland, Paris, Schweiz und Prag mit 2 Prozent, Christiania, Kopenhagen, Stockholm, Belgien, Italien, Spanien, Japan und Buenos Aires mit 3 Prozent, Lissabon mit 10 und Wien mit 25 Prozent repartiert.

*

Markbewertung in der Neuyorker Schlußbörse 22½ Geld, 22½ Brief, Nachbörse 22¼ Geld, 22⅜ Brief. Dollarparität 4,42.

Die Ausfuhr von Bau- und Nutzholz sowie von Eisenbahnschwellen aller Art ist freigegeben worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Erfolge kommunistischer Gewerkschaftsführung.

Eine Metallarbeiterversammlung im Vorraum des „Volkspark" Saales.

Die Ortsverwaltung Halle des Deutschen Metallarbeiterverbands hatte zu Montag eine Mitgliederversammlung einberufen, um zu dem Verlauf des Kasseler Verbandstages Stellung zu nehmen. Höcker erstattete Bericht. Nach seinen Ausführungen ist es nur die sogenannte Opposition gewesen, die vernünftige Gedanken entwickelt hat. Er hob besonders die Tätigkeit Schumanns hervor, was sehr nach Versammlunkt roch. Im übrigen wurde sehr stark geschimpft auf die reformistischen Führer. Höcker verstieg sich soweit, zu erklären, daß die Mehrheit des Verbandstages gefühlt habe, daß sie zum letztenmal die Mehrheit bildete. Höcker sollte eigentlich wissen, daß die meisten der von Kommunisten geleiteten Ortsverwaltungen des DMVB. einen derartig starken Mitgliederschwund zu verzeichnen haben, daß die Zahl der auf dem Verbandstag anwesenden Kommunisten sehr stark hätte reduziert werden müssen, während die von den sogen. Reformisten vertretenen Verwaltungen sich stabil gehalten oder nur einen Mitgliederrückgang aufzuweisen haben, der durch die Wirtschaftskrise bedingt ist. Wenn Höcker in seinen Ausführungen davon sprach, daß andere Wege eingeschlagen werden müßten, um die Arbeiterschaft aus ihrem Elend herauszuführen, so hat er anscheinend vergessen, daß gerade er durch seine in Halle eingeführte Taktik die Arbeiterschaft ins Elend gestürzt und vorerst kampfunfähig gemacht hat. Er sprach gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik, für Erkämpfung des Friedensreallohnes und Schaffung von Industrieverbänden, dabei weiß Höcker, daß der DMVB. niemals einer Arbeitsgemeinschaft angehört hat und die Erkämpfung des Friedensreallohnes und Schaffung von Industrieverbänden mit aller Energie anstrebte, bevor Höcker und seine Freunde daran gedacht haben. Es wurde eine Entschließung „einstimmig" angenommen, die die Haltung der hallischen Delegierten billigt und die Beschlüsse des Verbandstages verurteilt. Ohne die Annahme einer Entschließung um es die hallischen KPD.-Metallarbeiter zu nicht. Wenn man nur eine Entschließung annimmt, so bedeute das schon einen wesentlichen Fortschritt; in letzter Zeit hat man deren zwei und drei angenommen.

Im „Klassenkampf" führt Höcker lebhafte Klage, daß die Versammlung sehr schlecht besucht war. Man schreibt schmerzerfüllt: „Man fühlte sich zurückversetzt in die Zeiten vor dem Kriege, wo die Metallarbeiter Delegiertenversammlungen hätten finden sollen." Die angenommene Entschließung erfüllt 160 Worte, es kommen demnach auf jeden Versammlungsbesucher ungefähr 2 Worte. Aus dem großen Saale, in dem man auf die revolutionären Metallarbeiter lange und vergeblich wartete, zog man sich schließlich in den Vorraum des Saales, d. h. vor die Vorhänge zurück, um an den paar Tischen vereint darüber nachzudenken, wohin die glorreiche Führung Höckers die größte Organisation bereits gebracht hat. Man sollte wenigstens meinen, daß die Erschienenen nachdenklich würden und die Verwaltung die nötigen Schlüsse daraus ziehen und einlenken würde. Weit gefehlt. Man wird so lange in den Versammlungen reden — oder vielmehr schimpfen —, bis die Verwaltung allein in den Versammlungen sitzt. Ist das das „einmütige Vertrauen", das sie innerhalb der Arbeiterschaft besitzt?

Geteilte oder durchgehende Dienstzeit bei den Behörden.

Das Reichskabinett hat bekanntlich für die Regelung der Dienstzeit bestimmte Richtlinien erlassen. Sie besagen, daß „eine ersprießliche Arbeit in durchschnittlich 9 Tagesstunden nur dann zu erreichen sei, wenn die 9 Stunden durch eine Mittagspause in Vor- und Nachmittagsdienst geteilt" würden. Trotzdem hat der Reichsminister des Innern für Berlin und Hamburg einen durchgehenden Dienst zugelassen. Diese Einseitigkeit hat innerhalb der deutschen Beamtenschaft lebhaften Protest hervorgerufen, weil die Voraussetzungen, die für Berlin und Hamburg anerkannt worden sind, auch für zahlreiche andere deutsche Städte zutreffen. Schon aus Ersparnisgründen wäre es zu beachten, wenn unter Berücksichtigung dieser rein schematischen Bestimmung die Entscheidung des Reichsministeriums des Innern aus Zweckmäßigkeitsgründen getroffen würde. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat übrigens in einer Eingabe an das zuständige Ministerium Unterhandlungen über die Angelegenheit beantragt.

Die Bauarbeiter zur Abwehr der Arbeitszeitverlängerung bereit.

Vom Baugewerksbund, Baugewerkschaft Halle, wird uns geschrieben: Zum Angriff auf den Achtstundentag nahm am 3. März der Vorstand Stellung. Es wurde einstimmig beschlossen, unter allen Umständen und mit allen Mitteln gegen den Abbau des Achtstundentages zu kämpfen. Die Kollegen haben jede Arbeit, die über den Achtstundentag hinausgeht, strikte zu verweigern. Der Verband wird unverzüglich alle Kampfmaßnahmen gegen den Unternehmerangriff vorbereiten.

Verlängerung der Vereinbarungen für das Buchdruckgewerbe. Die Arbeitgeberorganisation im Buchdruckgewerbe teilt unserem 5. März zu Berlin mit: Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Der zur Entscheidung des Lohnstreites im deutschen Buchdruckgewerbe im Reichsarbeitsministerium gebildete Schlichtungsausschuß hat gestern einen Schiedsspruch dahin gefällt, daß der gegenwärtige Lohn bis zum 28. März unverändert bestehen bleibt.

Der Kampf um die Arbeitszeit in der Kölner Metallindustrie. Eine Vertreterversammlung des Metallarbeiterverbandes hatte am Freitag einstimmig den am 26. Februar gefällten Schiedsspruch für die Kölner Industrie abgelehnt, der u. a. eine Arbeitswoche von 54 bis 57 Arbeitsstunden vorsieht. In gleichem Sinne entschieden sich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften; nur die christlichen Metallarbeiter hatten in einer Vertrauensmännerversammlung die Annahme des Schiedsspruches beschlossen. Die Unternehmer versuchen nun, Sonderregelungen in den einzelnen Betrieben zu vereinbaren. Der Deutsche Metallarbeiterverband warnt deshalb seine Mitglieder, sich auf Betriebsvereinbarungen über verlängerte Arbeitszeit einzulassen. Von allen derartigen Versuchen der Unternehmer, die Einheit der Aktion zu brechen, soll der Ortsverwaltung sofort Mitteilung gemacht werden.

Aus aller Welt.

Löwenszene in „Quo vadis".

Ueber die Löwenkatastrophe im römischen Filmatelier, von der wir seinergeit ausführlich berichteten, werden der Berliner Presse vom Kapitän Alfred Schneider folgende interessante Einzelheiten geschrieben:

In Anbetracht der verschiedenen Nachrichten, die über den Vorfall bei der Filmaufnahme von „Quo vadis" in Rom verbreitet wurden, nehme ich Veranlassung, nachstehend den Vorfall wahrheitsgetreu zu schildern: Seit November 1928 arbeiten wir an den Filmaufnahmen der Löwenszenen. Niemals haben wir Menschen mit den Löwen zusammen in einem Käfig aufgenommen. Da, wo Löwen inmitten der Menschen sind, handelt es sich um Trickaufnahmen. Am 5. Februar waren wir damit beschäftigt, die Szene aufzunehmen (Trick), wo die Löwen sich auf die betenden Christen stürzen. Plötzlich sprang die zwei Jahre alte Löwin, die bei mir geboren ist — das Tier haben wir bis vor einem Jahre auf den Arm getragen — an der Mauer hoch, so wie es junge Tiere tun, wenn sie spielen. Durch Zufall blieb das Tier mit den hinteren Pranken in einer Mauerrufe hängen, durch eine weitere schlangenartige Bewegung gelang es der Löwin, auf die Brüstung zu kommen. Auf der Tribüne befanden sich ca. 50 Personen, die zur Seite wichen. Nur der 82jährige Statist Palombo blieb ruhig, die Hände an den Kopf gestützt, sitzen. Man nimmt an, daß der alte Mann, der durch die Aufregung ermüdet war, einen Schlaganfall erlitten hat. Da niemand mehr in der Nähe Palombos war, fing die Löwin mit dem Mann, der sich nicht mehr rührte, an zu spielen, indem sie ihm mit den Pranken an den Armen herumkrallte. In dem Moment kam meine Schwägerin, die Domptreuse Betti, die bei der Flucht der Statisten mitgerissen wurde, hinzu. Die Löwin Europa wich zurück und stürzte die fünf Meter hohe Tribüne herab, in demselben Moment kippte auch der Körper Palombos über und stürzte in die Tiefe. Durch den Fall und Schreck biß er mit unten auf dem Boden die Löwin den auf dem Gesicht liegenden Palombo in das Genick. In dem Moment sprang meine Frau, die bekannte Domptenfe Marcella, hinzu, sie war mit meinem Sekretär und dem Wärterpersonal zum Aufpassen um den Käfig gruppiert.

Die Löwin schleppte den toten Körper sechs Meter weiter. Meine Frau ergriff eine große in der Nähe stehende Tafel und zerschlug sie auf der Löwin. Nun war auch ich aus dem Käfig gekommen, auf meinen Ruf ließ die Löwin den Mann los. Ich nahm das Tier beim Kopf und führte es weiter. Als ich ungefähr zehn Meter gegangen war, fingen plötzlich die Operateur und ein Statist an zu schießen, so daß mir die Kugeln um den Kopf herumpfiffen. Einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß ich nicht verletzt wurde. Die Löwin erhielt drei Kugeln, die erste in den Kopf, die zweite in den Hals, die dritte in die Schulter. Daraufhin wurde das Tier erst wild. Ich mußte die Löwin loslassen und trieb sie in den Käfig zurück, der für alle Fälle bereit steht.

Ein polnischer Hochverratsprozeß.

Kattowitz, 5. März. (WTB.)

Vor der Strafkammer fand gestern die Verhandlung gegen den vor eine einem halben Jahre wegen Spionageverdachts verhafteten Doering statt. Angeklagt waren auch der Direktor Bernard und der Oberrevisor Sliwinski wegen Begünstigung des Hochverräters Doering durch seine Aufnahme als Angestellter in die Verwaltung der Königshütte und Chefredakteur Widna von der „Kattowitzer Zeitung", der ihm mehrere Pläne nachgewiesen haben soll. Nach dem „Oberschl. Kurier" wurde Doering zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die drei Mitangeklagten wurden freigesprochen.

Eisenbahnunglück bei Mainz. Auf der Strecke Mainz—Alzey in der Nähe von Klein-Winternheim hat sich ein Eisenbahnunglück ereignet. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wurden zwei Personen getötet und sechs schwer verletzt. Mehrere Verletzte schweben in Lebensgefahr. Das Unglück wird auf falsche Weichenstellung zurückgeführt.

Verschollen. Der der „Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee" gehörende Fischdampfer „Schill" gilt als endgültig verloren. Der Dampfer ging am 15. Januar vom Heimathafen Nordenham nach Island zum Fang in See. „Schill", ein moderner, seetüchtiger Dampfer, geführt von einem älteren Kapitän, muß den im Januar herrschenden Stürmen zum Opfer gefallen sein. Von der aus 13 Mann bestehenden Besatzung sind bis heute keine Nachrichten eingelaufen.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Proving und Sport: Gottlieb Koivarek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 2441.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240305 1-19/fragment/page=0003

Merkmale der 23. Preuß. Klassenlotterie:

I. Niedriger Losprels — Rentenmark-Gewinne
II. Hauptgewinn ev. 1 Million R.M. — Gesamtauslos. ca. 20 Millionen R.M.
III. Ziehung Übermorgen!

Lose bis 1/8 3 1/4 6 1/2 12 1/1 24 Teilung vorrätig! ◆ Kümmel Staatliche Lotterie-Einnahme Große Steinstraße 65

5700

Vereins-Kalender

der VSPD.,

-ieren Gewerkschaften, Gesellschen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1088. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen bestimmte Berechnung: die Oller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Versammlungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Halle, Harz 42/44. Donnerstag, den 6. März, abends 7½ Uhr im „Volkspark" (Mittelkammer): Sitzung der Funktionäre, Betriebsräte und Kassierer. Da auch über die in Magdeburg stattgefundenen Lohnverhandlungen berichtet wird, ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Freier Sängerchor. Ausnahmsweise beginnt am Freitag, dem 7. März, unsere Uebungsstunde um 7 Uhr. Der Vorstand.

Homöopathischer Verein für Halle und Umgegend. Freitag, den 7. März, abends ½9 Uhr, im „Franziskaner" (Kubgasse 1): Versammlung.

GNG. Gruppe Nord. Heute, Mittwoch: Besonders „Das Gemütsleben in der Tierwelt". Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Arbeitslosen-Unterricht (Deutsch, Naturkunde, Geschichte usw.). Die Kurse beginnen nun bestimmt am Freitag, dem 7. März, pünktlich nachm. 4 Uhr, im dritten Stock der Lessingschule. Zahlreiche Teilnahme ist erwünscht.

Holzweißig. Mittwoch, den 5. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Grüner Hof": Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die politische Lage. Redner: Genosse Peters (Halle).

Bitterfeld. Donnerstag, den 6. März, abends 8 Uhr, im Bahnhofsrestaurant Richter: Funktionärsitzung. Erscheinen aller ist Pflicht.

— Freitag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhofsrestaurant Richter: Sitzung des Agitationsausschusses des Kreises Bitterfeld.

Sonnabend, den 8. März, abends 8 Uhr: Gemeinsame Sitzung des Ortsvorstandes mit dem Vorstand der Stadtverordneten-Fraktion.

Die Frauengruppe der VSPD. veranstaltet am Donnerstag, den 6. März, abends ½8 Uhr, in „Stadt Berlin" einen Vortragsabend. Genosse Dr. Bucher (Halle) spricht über: „Otto Braun, der geniale Sohn Alt Braunts." Genossinnen und Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch. Gäste sind willkommen!

— Jungsozialisten. Wir gehen Donnerstag, den 6. März, nach „Stadt Berlin" zum Frauenabend. Kommt alle.

Schkeuditz. Donnerstag, den 6. März, abends 8 Uhr, im Jugendheim: Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Röpert (Halle).

Liebenwerda. Freitag, den 7. Februar, abends pünktlich 8 Uhr, in der „Kaiserkrone": Monats-Versammlung. Tagesordnung: 1. Partei-Monatsbericht. 2. Bericht vom Unterbezirkstag (Genosse Reibert). 3. Bericht vom Bezirksparteitag (Genosse Fritzsche). 4. Gemeinde- und Reichstagswahl (Genosse Fischer). 5. Jugendbewegung, Anträge usw.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Mittwoch, den 5. März, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus": Oeffentliche Frauenversammlung. Landtagsabgeordn. Genossin Schiffgens (Aachen) spricht über: Die Frau im Staat u. Wirtschaft.

— Donnerstag, den 6. März, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": Vorstandssitzung. Alle Vorstandsmitglieder, auch die Bezirksklassierer, werden gebeten bestimmt zu erscheinen.

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet: Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Alle Arten **Schulbücher** empfiehlt **Volksblatt-Buchhandlung** Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

Frauen

Es gibt beim Ausbleiben der **monatlichen Regel,** ein unschädlich sicher wirkendes Mittel, um Sie von dieser Sorge zu befreien. Schreiben Sie mir, einer erfahrenen Frau, denn nur meine seit viel. Jahren bewährten, genehmigten und von ärztlichen Autoritäten geprüften Original-Mittel helfen **Totsicher** auch in bedenklichen, bereits hoffnungslosen Fällen. 1000 de Dankschreiben bezeugen den Erfolg **in 1 bis 2 Stunden.** Keine Berufsstörung. Garantiert unschädlich, sonst 3faches Geld zurück. Direkter Versand per Nachnahme. **Frau A. Liermann** Hamburg 6/C 2862 Schanzenstr. 66 5688

Stadt-Theater. Donnerstag, abds. 7½ Uhr: **Marquis von Keith.** Freitag: **Die Wildente.**

Volkspark Burgstraße 27. **Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter** 5703

Standuhren, üb. 30 verschiedene Must. stets a. Lager, mit prachtvoll. Gongschlägen, best. Werken verkauft billig mit schriftlich. Garantie Uhrmachermeister **H. Schindler,** Kleine Ulrichstr. 25. Zahlungserleichterg.

Leistungsf. Bezugsquelle für **Steppdecken** von den einfachsten bis zu d. vornehm'. Zahlungserleichterungen **Bruno Paris** Leipziger Straße 12

Billige Möbel! Küchen, gestrich. und lasiert, Kleiderschr., Vertikos, Ausziehtisch Plüschsofas, Chaselongues, Stuhen- und Küchenstühle, Schlafzimmerschr. verk. **Karl Trautmann** Gr. Ulrichstr. 26 Erleichterte Zahlungsweise

Volksblatt- Bilderbücher Jugendschriften Märchenbücher **Buchhandlung**

Halt! **Kleine Anzeigen** usw.: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen Unterricht, Gottesdienstliche Gemeinde-Angelegenheiten usw. finden hier freie ihre Erledigung

Restaurant **Thalia-Säle** Geiststraße 42a. Spezialausschank von **Münchener Spatenbräu.** Donnerstag, den 6. März: **Gr. Schlachtefest.** Es ladet freundlichst ein 5697 **Emil Osborg.**

Theodor Leuchte's Restaurant Wörmlitzer Straße 98

Freitag, den 7. März: **Gr. Schlachtefest** Von früh 9 Uhr an Wellfleisch Abends diverse Wurst u. Suppe Hierzu ladet ergebenst ein 5698 **Theodor Leuchte u. Frau.**

Zoologischer Garten. **Dauerkarten** gültig vom Tage der Ausstellung bis 31. März 1925 sind im Bureau des Zoologischen Gartens erhältlich. **Billiger als vor dem Kriege!** Regelmässige Konzerte ohne Nachzahlung. Im Winter: Gr. Gesellschaftskonzerte u. Unterhalt.-Abende. Vorbestand wird bedeutend vermehrt 5686

Pelze 5686 Sie wollen kaufen? — Sie können kaufen! Unsere niedrigen Preise gestatten es Ihnen!

Herzmurmel	35.00	Silberwallaby	37.00
Skunksmurmel	25.00	Zobelwallaby	39.00
Pahmi	50.00	Austr. Opossum	62.00

Beachten Sie bitte die Preise in uns. Fenster. Umarbeitungen sachgemäß und billig. **Magazin zum Pfau** Kleinschmieden 6, Ecke Gr. Steinstr. am Markt

„Volksblatt" **Moden-Zeitungen** im Abonnement und einzeln **Buchhandlung**

Achtung! Landleute! Bitte zum sofortigen Kaufabschluß an Landstell. v. 10–200 Morg. mit und ohne lebend u. totem Inventar. Geschäftsh., Stadt- u. Landgrdh. mit und ohne Landwirtschaft. Mecklenburg, Holstein und Vorpommern. Kenne mit 18 Jahren die norddeutschen Verhältnisse bei Anfrage bitte 20 Pfg. Porto Erteile alle nähere Auskunft **Otto Kittler** Landw. u. Gütermakl. Bützow in Mecklenburg-Schwerin 5690

Alle Drucksachen liefert die Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei.

Fahrräder und **Ersatzteile** Otto Hänisch, Turmstraße 156, Telephon 2719. 5605

Eisleben **Tabakwaren** hält vorrätig und liefert in allen Qualitäten billigst **Zigarren-Hdlg.** Grabenstr. 50

Radio-Fix Der drahtlose Empfangsapparat für Jedermann! (Von der Post zugelassen.) **Das Ohr der Welt!**

Radio-Fix ist ein Vierlampen-Apparat, daher der lautstärkste und tonreinste.
Radio-Fix hat keinen besonderen Verstärkerkasten, daher kein umständliches Kuppeln.
Radio-Fix ist insgesamt in einer gefälligen Schrankform gebaut, daher der schönste.
Radio-Fix ist von jedem Laien ohne Vorkenntnisse zu bedienen.
Radio-Fix braucht die Konkurrenz nicht zu scheuen, denn er hat Vorzüge, die die Konkurrenz einfach nicht bieten kann.

Allen Interessenten empfehlen wir, sich erst bei der Konkurrenz zu orientieren und dann zwecks Besichtigung und Vorführung zu uns zu kommen. 5687

Vorführung täglich von 11 Uhr an im Hotel Europa am Riebeckplatz. Hall. Elektromotoren- und Leitungsvertriebsges. Fernruf 6562 und 8571

Rohe Saitlinge kaufe laufend zu hohen Preisen und gegen sofortige Kasse. Angebote erbeten an **P. Essrich,** Darmhandlung Halle a. S., Reideburger Straße 2.

Eisleben Ich bin beim hiesigen Amtsgericht als **Rechtsanwalt** zugelassen. Mein Bureau befindet sich **Plan 4** im „Stern", 2 Treppen. 1125 **Dr. jur. Königsberger.**

Geschäftseröffnung Zeige hiermit ergebenst an, daß ich **Mühlweg 7** mein **Bäckerei- u. Feinbäckerei-Geschäft** 1124 eröffnet habe. Gute reelle Bedienung zusichernd, bitte ich um geneigten Zuspruch. **Fritz Peter,** Bäckermstr.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Vergebung

der Erd- und Maurer-, Tischler- und Glaserarbeiten für die Wohnungsbauten an der Artillerie-, Weiße- und Roßbachstraße am 12. März 1924, vorm 10 Uhr, im städtischen Hochbauamt, Rathausstr. 6 (Zimmer 106). Verdingungsunterlagen ebenda Zimmer 125 zwischen 9 u. 12 Uhr vorm. für 1 Goldmark das Stück.

Halle, den 3. März 1924. 5698

Städtisches Hochbauamt.

Die Provenienzen der **REEMTSMA STANDARD CIGARETTE** sind **Xanthi, Dubnitza, Ligda, Suchum, Drama-Baschibagli**

Die Auswertung des sehr glücklichen Mischungsrezeptes unserer „Standard"-Cigarette konnte durch große und relativ günstige Tabakeinkäufe im Orient für längere Zeit sichergestellt werden. Wir sehen uns dadurch befähigt, diese hochqualifizierte Cigarette in einer Preisklasse zu bieten, die nur durch direkte Einkäufe und eigene Manipulation im Orient ermöglicht werden kann.

REEMTSMA AKTIENGESELLSCHAFT

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403051-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 5. März 1924.

Wiederum Erhöhung der hallischen Indexziffer.

Die hallischen Indexziffern vom 3. März 1924 betragen nach der Berechnung des Statistischen Amtes (auf der Grundlage der fünfköpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1918/14 = 1: 1. Gesamtindex, d. i. Lebenshaltung einschl. Bekleidung 928,7 Milliarden (Veränderung gegenüber der Vorwoche + 1,0 Prozent); 2. Lebenshaltung ohne Bekleidung, d. i. Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung 874,6 Milliarden (+ 1,7 Prozent) Im einzelnen, lautet der Index für Ernährung 1053,1 Milliarden (+ 0,6 Prozent) Heizung und Beleuchtung 1691,7 Milliarden (+ 4,6 Prozent), Wohnung (2 Zimmer und Küche, Friedensmiete ohne Nebenabgaben 320 Mk.) 310,7 Milliarden (+ 6,5 Prozent), Bekleidung 1275,5 Milliarden (+ 1,4 Prozent).

Ueber hundert Feinde des Volkes.

Die Arbeit der Wucherstelle. • 1224 Eier beschlagnahmt.

Von den bei der Wucherstelle des Polizeipräsidiums in den Monaten Januar und Februar bearbeiteten Anzeigen wegen Preistreiberei, unerlaubten Großhandels, Zurückhaltung von Waren usw. sind 67 der Staatsanwaltschaft und 41 dem Marktgericht, zusammen 108, zur Strafverfolgung abgegeben worden. Wegen Vergehen gegen die Preisschildervordnung mußte gegen acht Geschäftsinhaber vorgegangen werden.

In 17 Fällen wurden verschiedene Waren beschlagnahmt und bis zur gerichtlichen Entscheidung sichergestellt, darunter 1224 Stück Eier, 547 Stück Butter, Quark, sowie ein größerer Posten Schokolade, Fleischkonserven, Rohkaffee, Cornedbeef usw., ferner Zigarren und Zigaretten.

Die Namengebung in den verschiedenen Zeiten.

Im hallischen Genealogischen Abend hielt am Sonnabend der Schriftsteller Dr. Wentscher einen Vortrag über: „Die deutschen Vornamen". Er bezeichnete die Namengebung als einen wichtigen Zweig der Kultur und als einen sichtbaren Ausdruck des Geschmacks. Bei den Alten war zunächst nur ein Name üblich; er diente zum Anruf und zur Unterscheidung. Die Zugehörigkeit zum Geschlecht war nicht zu ersehen. Anfangs begegnen wir altdeutsch-heidnischen Namen, eine Verbindung glückverheißender Begriffe oder Einteilung auf Kampf oder Krieg, selbst bei den weiblichen Namen. Der Reichtum ist unendlich. Wir kennen jetzt noch an 7000 derartiger Namen, gegen nur 300 Vornamen, die heute in Deutschland gebräuchlich sind. Allmählich tritt System ein. Man gibt den Kindern die Namen von Fürsten oder andern berühmten Personen. Mit Eintritt des Christentums wird die Verleihung biblischer Namen, wie Andreas, Jakobus, Joseph, Zacharias, Elisabeth, Martha, üblich; dabei werden Namen wie Jesus aus Scheu gemieden. Durch die Reformation trennen sich die Protestanten von den Katholiken, sie suchen namentlich die Namen der Heiligen gänzlich zu vermeiden. — Um 1100 werden die Namen erblich und man fängt an, außer dem erblichen Familiennamen noch mehrere Vornamen zu geben. Im Barock war man schöpferisch. Schwung und Klang zeigen sich wie in Ludowika und Friedrike. Wir sehen dann französische Einflüsse in Louise, Charlotte und Henriette, englische in Alfred, Richard und Eduard. Wir Modernen sind in der Namengebung arm geworden, jeder Stil ist erloschen. Man sucht sich mit Zusammenziehungen wie Karlheinz und Anneliese zu helfen. Da wir zur Neuschöpfung unfähig geworden sind, sei es besser, die alten Namen festzuhalten, die in der Geschichte unseres Geschlechts zu Ehren gekommen sind.

Der „Stahlhelm" hat nur Kinderpistolen.

Der Kaufmann Walter Steinbach, Tambourmajor des „Stahlhelm" und dem Teil der Bevölkerung, an dem die Ordnung des Bundes der Frontsoldaten zuweilen ausgeübt wird, nicht unbekannt, geriet am 20. Oktober 1923 in der Fleischerstraße mit dem Kriegsbeschädigten Albert Lindau in Wortwechsel. Um eine Drohung, die das Opfer des nach „Stahlhelm"-Programm abgehaltenen letzten Krieges anstieß, abzuwehren, zog Steinbach — denkt bloß! — eine Kinderpistole. Lindau schlug darauf über den Kopf seines begütigend eingreifenden Bruders hinweg auf St. ein. Der Getroffene wurde am Auge verletzt. Das Schöffengericht verurteilte Lindau zu 50 Mk. Geldstrafe. Den Einwand der Notwehr wollte es nicht gelten lassen.

Arbeitsgemeinschaft „Kinderseelenkunde".

Ein noch größerer Kreis hatte sich zum zweiten Abend zusammengefunden. Der Vortrag erstreckte sich auf dasjenige Alter, in welchem das Kind sich zum Selbstbewußtsein, zur selbständigen Persönlichkeit entwickelt, also etwa das 1. bis 4. Lebensjahr. Besonders betont wurde, daß sich die geistige Entwicklung eng der körperlichen anschließt und namentlich die sich steigernden Bewegungsmöglichkeiten des Kindes seine Weltauffassung mehr und mehr klären. Zahlreiche Beispiele, einige Abbildungen und kindliche Zeichenversuche halfen erläutern und beleben. Die sehr anregende Aussprache gab kund, daß unsere Mütter und unsere Jugend für solche Erziehungsprobleme noch zu haben sind und ihren tiefen kulturellen Inhalt vollauf würdigen.

Die nächste Veranstaltung findet Montag, den 17. März, statt und bringt einen Vortrag des Genossen Lehrer Prautsch über „Gehirnfunktion und Kinderseele".

Parteinachrichten.

Arbeitslose Parteigenossen (USPD.).

Am Freitag, dem 7. März, vormittags 11 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Zusammenkunft sämtlicher arbeitsloser Parteigenossen statt, in der wichtige Dinge besprochen werden sollen. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

An die Genossen in Nietleben!

Genosse Prof. Dr. Waentig spricht heute, Mittwoch, abend in der „Sonne". Die gesamte Einwohnerschaft von Nietleben ist freundlich eingeladen.

* **Halles Fremdenverkehr.** Nach Mitteilung des Statistischen Amtes sind in den hiesigen Gast- und Logierhäusern im Februar 1924 5730 männliche und 1158 weibliche, zusammen 6908 Fremde abgestiegen. Darunter befanden sich 91 Personen, die ihren Wohnsitz im Auslande hatten, und zwar 7 männliche Reichsdeutsche sowie 77 männliche und 7 weibliche Personen mit fremder Staatsangehörigkeit. Im Februar 1923 waren es 5785 männliche und 1307 weibliche, zusammen 7092 Fremde, im Februar 1914 7300 männliche und 1125 weibliche, zusammen 8425 Fremde.

* **Neue Tiere im Zoo.** In den Tierhandel ist in den letzten Monaten neues Leben gekommen. Es gibt wieder allerhand Tiere zu kaufen, die seit 1914 kaum mehr zu haben waren. So werden in allernächster Zeit Transporte mit verschiedenen Arten eintreffen. Als erstes sind Affen angekommen, sie erdöffnen würdig den Reigen, sie sind ja auch Lieblinge der Kinder. Mandrille und Sphinx-Paviane sind zusammen in einem Käfig untergebracht worden. Alles Jungtiere, die besonders lustig und fidel sind. Sobald die Witterung besser wird, werden folgende Tiere noch erwartet: Leoparden, Löwen, Tiger, Eisbären, Seelöwen, große Affen, Strauße, Antilopen und viele kleinere Tierarten. Die Dauerkarten für das laufende Jahr werden von jetzt an im Bureau des Zoo ausgegeben. Jeden Sonntag ist wieder Konzert. (Siehe Inserat.)

* **Raupenvertilgung.** Die Reinigung der Obstbäume von Raupen und Raupennestern muß bei Vermeidung von Strafe bis zum 15. März erfolgt sein.

* **Kindesaussetzung.** Am 26. Februar 1924 ist in einem Personenzug aus Magdeburg auf dem Bahnhof Leipzig ein kleines Mädchen hilflos aufgefunden worden. Das wahrscheinlich von der Mutter ausgesetzt ist. Es ist etwa 1 Jahr alt, schlecht genährt, blond, hat dunkle Augen, war mit blaugeblümten Dirndlkleid und weißer gestrickter Mütze bekleidet und in eine graue Decke gehüllt. Wer Angaben über die Mutter oder die Herkunft des Kindes machen kann, wolle dies der Kriminalpolizei Halle, Zimmer 117, mitteilen.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch: „Carmen". Donnerstag Erstaufführung „Marquis von Keith" von Frank Wedekind. Beschäftigt sind die Damen Gretter, Sessing, Thetter, Miersch, Heller, Herzog, Riegler, Ermer und die Herren Durra, Förster, Hensel, Weihe, Tiedemann, Hoffmann, Herrmann, Hessing, Henneberg, Weber. Regie: Dr. Edgar Groß. Freitag „Die Wildente". Sonnabend „Die lustigen Weiber von Windsor". Sonntag „Der Troubadour".

Der Wahlauftakt im Saalkreis.

Unsere am Sonntag in vielen Orten abgehaltenen öffentlichen Versammlungen waren zum übergroßen Teil wieder ein guter Erfolg für unsere Sache. Selbst die in den Versammlungen anwesenden KPD.-Anhänger verhielten sich diesmal bedeutend taktvoller als bei den letzten Versammlungen. Daß es in einigen Versammlungen nicht ohne persönliche Unpöbelei abging, sei nur nebenbei erwähnt. In einzelnen Orten waren die angeklebten Plakate sofort wieder abgerissen worden, so daß die Einwohner von der Versammlung nichts wußten. Es muß doch vielen vor der Wahrheit bange sein!

Der leidige Raummangel verbietet uns eine eingehende Berichterstattung. Wir müssen uns deshalb auf kurze Notizen einschränken. In Ammendorf sprach vor gut besuchter Versammlung Genosse Reichstagsabgeordneter Richard Krüger. Eingehend und unter großer Aufmerksamkeit entwickelte er die Politik der MSPD. und zeigte die Fehler der anderen Parteien. Mit besonderem Ernst ging der Redner dann gegen das Treiben der Rechtsbolschewisten vor, ihnen die heuchlerische Maske vom Gesicht reißend. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Ebenfalls sehr gut besucht war die Versammlung in Löbnitz a. d. Linde, wo der Genosse Redakteur Lange sprach. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der Tagungsraum überfüllt, so daß die Versammlung nach dem großen Saal verlegt werden mußte. Auch hier wurde die Versammlung ruhig und sehr sachlich unter großer Aufmerksamkeit der Anwesenden zu Ende geführt. Im Anschluß daran fand dann noch eine Ortsgruppenkonferenz des Landarbeiterverbandes statt, in der der Genosse Theuerjahr (Köthen) sprach.

Lebhafter ging es schon in Dieskau zu, wo Genosse Kasparek vor etwa 60 Personen über die Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse sprach. Kaum hatte der Redner begonnen, setzten auch schon die Störungsversuche ein, die von den einheimischen und auswärtigen Kommunisten veranstaltet wurden. Nach Ueberwindung vieler Hindernisse gelang es unserem Genossen aber doch, sich durchzusetzen und den etwa zweistündigen Vortrag in größter Ruhe zu beenden. Nicht weniger als sechs kommunistische Redner traten auf, um teils mit persönlichen Angriffen, teils mit sehr weit hergeholtem Material den Eindruck des Referats zu verwischen. Ermächtigungsgesetz, Noskepolitik und Verrat der Gewerkschaftsbonzen waren die Knochen, an denen die fanatischen Moskauanhänger herumnagten. Ihr Hauptredner Steinmetz verlas eine geschlagene Stunde lang Artikel und Notizen aus dem „Klassenkampf", um damit zu beweisen, daß die SPD. für die Arbeiter nicht in Frage kommen könne. Welchen Wert sein sonstiges Beweismaterial hat, zeigte die Behauptung, daß die MSPD. schuld sei an den ungerechten Urteilen, die jüngst das hallische Gewerbegericht in Sachen der Metallarbeitermaßregelungen fällte, denn sie habe ja im Stadtparlament die Mehrheit und sei für die Besetzung des Gerichts verantwortlich. Hier wirkte die Anwendung des Leninschen Rezeptes direkt lächerlich. Gegen die bürgerlichen Parteien, die faschistische Bewegung fand keiner der sechs Redner auch nur ein Wort. Wozu auch. Heißt es doch im jüngsten Aufruf der wieder legalen Kommunistischen Partei, daß der Kampf in allererster Linie gegen die Sozialdemokratie geführt werden soll. Trotz der wüsten Hetze bedeutet der Eindruck in die kommunistische Hochburg (siehe Bruckdorf) für uns einen Erfolg.

In Löbejün sprach in gut besuchter Versammlung Genosse Deininger. Auch hier wurde das Referat sehr ruhig angehört. Nur in der Diskussion ließ einer der KPD.-Anhänger seine übliche Schimpfkanonade los. Er wurde im Schlußwort gebührend abgefertigt.

Aehnlich verliefen die Versammlungen in Ischerben, wo Genosse Schmidt, und in Schwers, wo Genosse Holzapfel sprach. Beide Versammlungen waren ebenfalls gut besucht.

In einzelnen Orten haben unsere hallischen Parteigenossen schon am Vormittag eine lebhafte Zeitungspropaganda betrieben. Dabei stellten unsere Genossen sehr häufig die Hinterhältigkeit kommunistischer Agitationsmethoden fest. Z. B. war das Märchen verbreitet worden, das „Volksblatt" habe seinen Namen geändert und heiße jetzt „Republik". Das muß unseren Genossen ein Ansporn sein, noch viel mehr für unser „Volksblatt" zu werben.

Heute abend 7½ Uhr spricht Genosse Professor Dr. Waentig in Nietleben in der „Sonne". Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Neuregelung der öffentlichen Fürsorge.

Von Bürgermeister Fr. Kleeis.

Inhalt und Form der einzelnen Zweige des öffentlichen Lebens haben sich im letzten Jahrzehnt zum Teil einschneidend verändert. Das gilt besonders von der öffentlichen Fürsorge. Jahrhundertelang bestand sie nur aus der Armenpflege. Diese ging von der Annahme aus, daß die

Hilfsbedürftigkeit auf einem Selbstverschulden beruht

und daß mit allen Mitteln namentlich mit kärglichster Unterstützung versucht werden müsse, den Hilfesuchenden wieder auf eigene Füße zu stellen. Den ersten Schritt der Wandlung bildete die Einführung der sozialen Versicherung vor einem halben Jahrhundert. Sie fragt bei ihren Leistungen nicht nach der wirtschaftlichen Bedürftigkeit des einzelnen und gewährt den von ihr erfaßten Personen einen Rechtsanspruch auf die Fürsorge. Aber auch sie ist noch keine vollkommene Fürsorge im Sinne sozialdemokratischer Weltauffassung. Es hat sich deshalb eine andere Form der Fürsorge für Hilfsbedürftige als notwendig und zweckmäßig erwiesen: Die der allgemeinen Wohlfahrtspflege. Teils ergänzt sie die Armenfürsorge und soziale Versicherung, teils ersetzt sie diese auch bereits. Teils wendet sie sich an den Einzelfall, teils trifft sie Versorgungsmaßnahmen für ganze Bevölkerungsgruppen. Kennzeichnend für sie ist besonders, daß die entwürdigenden Begleiterscheinungen der Armenfürsorge beseitigt sind und die Lasten aus dem allgemeinen Steueraufkommen gedeckt werden.

Eingeführt wurde das neue System zunächst von den Städten aus freier Entschließung. Sie errichteten die verschiedensten Wohlfahrtseinrichtungen für Säuglinge und Kinder, Kranke und Erwerbsunfähige usw. Reich und Staat folgte und traf eine Anzahl ähnlicher Maßnahmen. Das hatte seine Ursache erstens darin, daß namentlich nach den politischen Umwälzungen vom November 1918 die soziale Einstellung der Gesetzgebung des Reiches und des Landes eine andere wurde und zweitens das politische und wirtschaftliche Bedürfnis zu besonderen Hilfsaktionen zwang. So entstanden in den letzten Jahren die Wochenhilfe, die Erwerbslosenfürsorge, die Notstandsmaßnahmen für Sozialrentner, die Kleinrentnerfürsorge und manche andere einschlägige Einrichtung. Bislang bildeten alle diese Veranstaltungen der Wohlfahrtspflege ein buntes Durcheinander. Sie besaßen Lücken und Mängel und ließen vor allem die Einheitlichkeit und Abrundung, namentlich in der Durchführung vermissen.

Die Sozialdemokratie kämpft seit Jahren für die

Schaffung eines Reichswohlfahrtsgesetzes.

Diese Forderung ist namentlich auf der großen Tagung für Arbeiterwohlfahrt im September 1921 in Görlitz aufgestellt und näher dargelegt worden. Ein solches Gesetz muß die Armenpflege in neuer Gestalt in sich aufnehmen, die Fürsorge für alle Hilfsbedürftigen einheitlich gestalten und eine geschlossene netzartige Organisation der Durchführung treffen. Der Reichstag konnte sich aber zu einem solchen Reformwerk nicht aufschwingen. Man suchte der wachsenden Verarmung des Volkes nur zu begegnen durch Flickwerk an bestehenden Gesetzen. Das hervortretende Bestreben, die Währungs- und Finanzverhältnisse des Reiches in Ordnung zu bringen, ließ neuerdings im Gegenteil sogar die Wohlfahrtspflege nicht unberührt und zeigte auch hier das Bemühen, ab- und umzubauen. Vor allem soll das Reich entlastet werden.

So entstand die neue

„Verordnung über Fürsorgepflicht"

vom 13. Februar 1924, von der Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen, die bis jetzt ihrer Bedeutung entsprechend noch nicht genügend gewürdigt worden ist. Sie stellt das gesamte öffentliche Fürsorgewesen auf eine neue Grundlage. Als Ganzes betrachtet stellt die Verordnung allerdings einen wesentlichen Fortschritt dar. Sie bildet tatsächlich den Anfang eines Reichswohlfahrtsgesetzes. Gewiß hat sie noch viele Lücken und Mängel. Es muß dahin gewirkt werden, sie zu beseitigen. Das Ganze ist auch nur ein sog. Rahmengesetz, es gibt den Ländern und Gemeindeverbänden reichliche Möglichkeit zur Ausgestaltung.

Diese Verordnung faßt folgende Gebiete zusammen: Die Armenpflege, die Kleinrentnerfürsorge, die Notstandsmaßnahmen für Sozialrentner, die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die Wochenfürsorge für Nichtversicherte, die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, die Fürsorge für Schwerbeschädigte und Schwerverwerbsbeschränkte durch Arbeitsbeschaffung und die Flüchtlingsfürsorge. Träger aller dieser Aufgaben sind — und das ist die besonders hervorstehende Neuerung — nicht mehr die einzelnen Gemeinden, sondern die neu zu bildenden Fürsorgeverbände. Ihre Organisation ist den Ländern vorbehalten, doch soll ihr Wirkungskreis nicht zu eng abgegrenzt sein. In der unteren Instanz sollen die neuen verantwortlichen Träger der Lasten „Bezirksfürsorgeverbände" heißen, in der Mittelinstanz „Landesfürsorgeverbände". Das Land regelt im Rahmen der reichsgesetzlichen Vorschriften Verfahren, Beschwerde und Aufsicht. Es bestimmt, in welcher Weise Personen aus dem Kreise der Hilfsbedürftigen bei der Durchführung der Fürsorge zu beteiligen sind. Das Unterstützungswohnsitzgesetz, die bisherige gesetzliche Grundlage der Armenpflege, wird aufgehoben, außerdem alle sonstigen einschlägigen Sondergesetze, wie das über die Kleinrentnerfürsorge usw. Dafür werden eine Reihe neuer Grundsätze für die allgemeine Fürsorge aufgestellt. Unter Abschaffung des Unterstützungswohnsitzbegriffes, was die Verwaltung sehr erleichtert, wird der

gewöhnliche Aufenthaltsort als Merkmal der Zuständigkeit eingeführt.

Ausnahmen bestehen für uneheliche Kinder. Außerdem wird der Rückgriff der Fürsorgeverbände für ihre Aufwendungen gegenüber dem Unterstützten und seinen Angehörigen verstärkt. Die Unterstützung Arbeitsfähiger kann in geeigneten Fällen durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art gewährt oder von der Leistung solcher abhängig gemacht werden. Die Fürsorgestellen sollen für ihren Bereich Mittelpunkt der öffentlichen Wohlfahrtspflege und zugleich Bindeglied zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege sein; sie sollen darauf hinwirken, daß öffentliche und freie Wohlfahrtspflege sich zweckmäßig ergänzen und in Formen zusammenarbeiten, die der Selbständigkeit beider gerecht werden. Die Fürsorgeverbände sollen eigene Einrichtungen nicht neu schaffen, soweit geeignete Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege ausreichend vorhanden sind. Das Land bestimmt, wie der Aufwand seiner Fürsorgeverbände zu decken ist, besonders wieweit die Gemeinden daran zu beteiligen, die Lasten auszugleichen usw. sind. Die Fürsorgeverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ihre ausführenden Organe sind die örtlichen Wohlfahrtsämter.

Am 7. und 8. März findet in Frankfurt a. M. ein allgemeiner Fürsorgetag statt, der zu der neugeschaffenen Sachlage Stellung nimmt. Besonders soll die Durchführung der neuen Verordnung durch eine Reihe sachverständiger Berichterstatter besprochen werden. Vielleicht lassen sich die noch nicht erschienenen Ausführungsvorschriften der einzelnen Länder, obgleich die neue Reichsverordnung schon am 1. April in Kraft tritt, noch beeinflussen. Zu fordern sind allgemeine Richtlinien für die Fürsorge, die auch — im Gegensatz zu der Auffassung des deutschen Städtetages — Normal- oder Mindestunterstützungssätze enthalten müssen. Eine fachliche Aufsicht der Fürsorgeverbände und Fürsorgestellen durch die Landesfürsorgeverbände ist auch unerläßlich, schon damit Bürgschaften bestehen, daß die neue Fürsorge nicht wie die bisherige Armenpflege hier und da so gering ausfällt, daß sie nicht vor dem Verhungern schützt.

Frauen heraus!

Morgen, Donnerstag, abend ½8 Uhr findet im „Volkspark" eine große öffentliche Frauenversammlung statt. Als Rednerin kommt die Landtagsabgeordnete Genossin Schiffgens (Aachen).

Frauen und Männer erscheint zahlreich! Bringt Gäste mit!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240305 1-19/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Das gerichtliche Nachspiel der Zeitzer August-Tragödie

In Verbindung mit den von den Kommunisten im August vorigen Jahres inszenierten Generalstreik zum Sturz der Cuno-Regierung und Aufrichtung der kommunistischen Diktatur wurde im Zeitz-Weißenfelser Kohlenrevier von wirtschaftlichen Forderungen gestreikt. Von den verschiedenen Schachtanlagen kommend, bewegte sich eines Tags ein gewaltiger Demonstrationszug nach Zeitz, um den Verhandlungen den nötigen Nachdruck zu geben. Die gegen den Willen des sozialistischen Oberbürgermeisters nach dort entsandte Schupo schoß aus irgendeiner Veranlassung in die anmarschierende Menge. Sieben oder noch mehr Tote und zahlreiche Verwundete blieben liegen. Wie das bei uns in Deutschland nun einmal üblich ist, kommen die Opfer des Blutbades oder die greifbaren Teilnehmer an einer solchen „Zusammenrottung" wegen Aufruhrs oder Landfriedensbruchs vor die Schranken der Justiz. Mehr als eine Woche lang verhandelte die Naumburger Strafkammer in dieser Sache. Gegen die „Rädelsführer" Hauer und Wachtel beantragte der Staatsanwalt je fünf Jahre Zuchthaus, wegen schweren Aufruhrs gegen die übrigen der zahlreichen Angeklagten Gefängnisstrafen von 2½ Jahr bis herab zu 6 Monaten. Gegenüber den furchtbaren Anträgen des Anklägers ist das Urteil milde zu nennen, da in keinem Fall auf Zuchthaus erkannt und Hauer „nur" zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt wurde; Wachtel erhielt 9 Jahre, Lange 1½ Jahre, Dittmar, Reinhardt, Kresse, Koblisch, Fischer, Beck, Oswald und Weßel je 6 Monate Gefängnis. Eine ganze Reihe von Angeklagten wurde freigesprochen.

Merseburg. Im Amtsblatt macht der Magistrat bekannt: Mit Wirkung vom 1. März an tritt eine neue Gebührenordnung für das städtische Krankenhaus in Kraft. Sie liegt zu jedermanns Einsicht im Rathaus aus. — Die Strompreise betragen ab 1. März: Lichtstrom 50, Kraft 37, Doppeltarif I 55, Doppeltarif II 37 Pf. Die Preise für Gas und Wasser bleiben unverändert. — Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweisbezirks Merseburg hat die zu entrichtenden Beiträge zur Unterstützung des Arbeitsnachweises und zur Deckung des notwendigen Aufwandes der Erwerbslosenfürsorge auf 3 Prozent des Grundlohnes der Arbeitnehmer festgesetzt. Die Einziehung der Beiträge erfolgt wie bisher durch die Krankenkassen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen die Beiträge je zur Hälfte.

Lützen. Erbpachtrecht. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde wegen der Abgabe von städtischem Bauland die Bestellung eines Erbpachtrechts an rund 3300 qm Fläche des im Grundbuch von Schkeitbar verzeichneten Grundbesitzes für Karl Schleif in Kötschau auf die Dauer von 50 Jahren, beginnend mit dem 1. März 1924 gegen einen jährlichen Erbpachtzins von 0,15 Goldmark je Quadratmeter beschlossen. Bei Verkauf des Grundstücks ist der Erbpachtzins zu einem neuen Ankauf von Grund und Boden oder zu Wohnungsbauten zu verwenden.

Sangerhausen. Arbeiter-Wohlfahrt. Mit Freuden habe ich neulich in der „Halleschen Zeitung" in einem Bericht von dem „Jungdeutschen Schwesternabend" den schönen Satz gelesen, den die Rednerin u. a. sagte: „Wir wollen die Standesgegensätze überbrücken." Ein guter Vorsatz, aber wie wird die Wirklichkeit aussehen?! Um so größer ist jedesmal meine Freude, wenn ich am Mittwochnachmittag in unsere Nähstube komme und all die Frauen sehe, ohne Unterschied des Standes und der Person, wie sie alle bestrebt sind, zu helfen, so gut sie es vermögen. Mit welch freudigen Herzen kamen am Mittwoch die armen Konfirmanden, deren Eltern nicht in der Lage sind, ihnen das zu geben, was wohl jedes Mutterherz ihrem Kinde gerade zu diesem Tage von Herzen gibt. Da ist es uns allen eine große Freude, die Sorgen der Eltern zu erleichtern und den Kindern diesen Tag auch zu einem freudigen und festlichen zu gestalten. Bedrückt und ganz traurig kam dieser Tage ein älterer Mann zu uns und fragte bescheiden, ob wir ihm nicht helfen könnten; sein Töchterchen würde konfirmiert, und er habe noch gar nichts beschaffen können, da er schon so lange arbeitslos sei. Mit welch frohem Herzen ging er wieder fort, als ihm die erforderlichen Sachen in Aussicht gestellt wurden. Es ist unsere Pflicht, Hilfe zu leisten, soweit es in unseren schwachen Kräften steht. Darum, Ihr Frauen, steht uns weiter bei, helft und werbt für unsere gute Sache, damit wir uns selbst und den vielen armen anderen recht viel Freude bereiten können. Unsere Mitgliederzahl ist gestiegen auf 42. Von einem Förderer unserer Sache wurden neulich gestiftet 16¾ Meter Schürzenstoff und 10 Mk. Auf zur Tat, erscheint alle wieder so zahlreich wie vorher zur nächsten Nähstunde am Mittwoch, dem 5. März. Irma Gründlich.

Riestedt. Ueber Gemeindewahlen und politische Lage sprach in einer öffentlichen, gut besuchten und sachlich verlaufenen Versammlung am vergangenen Sonntag Genosse Peters (Halle). Seine Ausführungen über die Gemeindewahlen waren ein dringender Appell an die Anwesenden, geschlossen gegen das Bürgertum aufzutreten, damit wichtige Positionen für die Arbeiterschaft erhalten bleiben. Eingehend behandelte er auch die außen- und innenpolitische Lage. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht gewünscht.

Rotsch. Meidet den Rummel! Morgen abend soll auch hier ein sogenannter Deutscher Abend stattfinden, um die Leidenschaften gegen die verrückten Marxisten aufzupeitschen. Die Arbeiterschaft hat nicht die geringste Ursache, den Faschistenhäuptlingen erst den Resonanzboden für ihre wüsten Hetzereien zu schaffen und wird die Stahlhelmleute mit ihrem jungdolischen Anhang unter sich lassen. Kein Arbeiter darf bei diesem nationalistischen Exzeß zur Stelle sein. Genossen, meidet den „Deutschen Abend"

Torgau Seltene Worte auf einem deutschen Abend Der Verein für deutsches Volkstum veranstaltete am Montag im Ankerhaale einen deutschen Abend. Frau Marie Diers-Charlottenburg sprach über „Die deutsche Not an der Ruhr". Wir wollen ehrlich sein, es war entweder, mit welcher Offenheit sie die tatsächlichen Zustände dort schilderte, man hört so etwas selten aus dem Munde ihrer Gesinnungsgenossen. Scharf geißelte sie das Verhalten der Cuno-Regierung und räumte gründlich mit dem Märchen auf, daß die Arbeiterschaft Schuld an dem Ausgang des Ruhrkrieges habe. Wenn jemals deutsche Arbeiter großes vollbracht haben, dann waren es die an der Ruhr. Leider verschwieg sie, wie ihnen der Dank des Vaterlandes erstattet wurde. Kein Wort sagte sie davon, daß deutsche Industrielle diese „prächtigen Ruhrarbeiter" als Sklaven an die Franzosen ausgeliefert haben, daß Zehntausende auf dem Straßenpflaster liegen, weil sie sich weigern, 10 oder 12 Stunden für die Hochverräter Stinnes, Krupp usw. und damit für den französischen Kapitalismus zu arbeiten. Dafür forderte sie aber den Rachefeldzug gegen Frankreich. Die Ruhrarbeiter werden sich dafür bedanken. Noch ein weiteres gefiel uns nicht. Das deutsche Volk ist zu vergnügungssüchtig, sagte sie. Die Arbeiterschaft ist nicht damit gemeint, denn diese kennt so etwas nicht mehr. In erster Linie ist es der „notleidende" Mittelstand eine gute Steuerquelle bedeutet, dann hätte sie uns noch besser gefallen. Zum Schluß sangen einige ehemalige Radikalkommunisten begeistert das Deutschlandlied.

Halberstadt Straßenbahnerweiterung. Die Stadtverordneten beschlossen, den Betrieb der elektrischen Straßenbahn bedeutend zu erweitern. Sobald die Witterungsverhältnisse es gestatten, will man die Gleise und Weichen freilegen und den Straßenbahnverkehr bis zum Anschluß an die Reichsbahn führen.

Unsere Taten — die beste Wahlpropaganda.

Fünf Jahre sozialistische Kommunalpolitik

im Eisleber Stadtparlament.

Von Stadtv. Hermann Blankenfeld (Eisleben).

I.

Der politische Umschwung am 9. November 1918 brauste mit elementarer Gewalt auch durch die Mansfelder Gaue, welche bis dahin im Sinne reaktionären Altpreußentums regiert wurden. Riesengroß gelang es der Sozialdemokratie, auch nur einen Vertreter in ein Stadt- oder Dorfparlament zu entsenden. Mit brutaler Gewalt hatte man bei den öffentlich erfolgten Gemeindewahlen die sozialdemokratischen Stimmen zu unterdrücken versucht. Vom Mansfelder Obersteiger bis zum „reichstreuen" Vereinsvorsitzenden herab, alle mußten sie mitwirken, damit ja kein Mansfelder Arbeitsmann für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmte. Und wer es dennoch wagte, der wurde rücksichtslos auf das Straßenpflaster geworfen, brotlos, ja sogar heimatlos durch das schamlose System der schwarzen Listen gemacht. So kam es, daß in den Gemeindeparlamenten eine Politik getrieben wurde, welche sich nur gegen die gesamte Arbeiterschaft und den Handwerkerstand richtete und damit für die alleinherrschende Mansfelder Gewerkschaft von großem Vorteil war. Ungerechtigkeit im höchsten Grade herrschte ganz besonders auf dem Gebiete des Steuerwesens.

Nach fast fünfjährigem Völkermorden kam die Revolution. Alle Ketten und Unfreiheiten wurden gesprengt. Im März 1919 wurde die Wahlschlacht für das Eisleber Stadtparlament geschlagen. Die Arbeiterschaft hatte zu entscheiden, ob endlich ein anderer Kurs in das bisher hauptsächlich von den Hörigen der Mansfelder Gewerkschaft beherrschte Parlament einziehen sollte. Sie hatte sich für eine Arbeiterpolitik entschieden. Es wurden gewählt 16 unabhängige, 3 rechtssozialistische und 17 bürgerliche Stadtverordnete, also 19 Sozialisten gegen 17 Bürgerliche. Die Sozialdemokrate hatte die Macht im Stadtparlament erobert, und zum erstenmal ist auch die Frau zu ihrem Rechte gekommen.

Nach diesen vorgeschichtlichen Erinnerungen sollen all die ungeheuer schwierigen Aufgaben, welche zu lösen waren, noch einmal, wenn auch nur in großen Umrissen, aufgezeichnet werden. Es ist dies um so notwendiger, weil heute leider auch kurzsichtige oder parteipolitisch verblendete Arbeiter behaupten, die sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten „nichts geleistet"; sie wären nur die „Steigbügelhalter der Reaktion" gewesen. Jeder ehrliche und objektiv denkende Bürger, ganz gleich, welcher Parteischattierung er angehört, muß die ungemein schwierigen Arbeiten, insbesondere während der Inflationszeit, zu würdigen wissen.

Der Weltkrieg hat die **Gemeinden in den Strudel des Finanzelends mit hineingerissen.** Sind die Ziffern der Gemeindehaushalte auch nicht in demselben ungeheuren Verhältnis gestiegen, wie die des Reichshaushaltes, in dem sich die finanziellen Wirkungen von Krieg und Niederlage unmittelbar und in ihrem ganzen Umfange spiegeln, so gibt die kommunale Finanzstatistik doch ein sehr ernstes Bild von den Verheerungen, die seit dem Jahre 1914 auf dem Gebiet der Gemeindefinanzen angerichtet worden sind. Die Gesamtausgaben der deutschen Gemeinden sind von 80,64 Mk. pro Kopf im Jahre 1914 auf 489,85 Mk. pro Kopf im Jahre 1920 gestiegen.

Der Haushaltsplan der Stadt Eisleben

balancierte im Jahre 1914 in Einnahme und Ausgabe mit rund 480 000 Mk., oder pro Kopf (bei 25 000 Einwohnern) rund 39 Mk. Ausgabe. Im Jahre 1921 dagegen in Einnahme und Ausgabe mit **3 262 000 Mk.,** oder pro Kopf 131,28 Mk. Ausgabe. Die erschreckende Steigerung der Ausgaben löste naturgemäß bei fast allen Steuerberatungen lebhafte, zum Teil sehr erregte Debatten aus. Dies trat insbesondere im Jahre 1921 in Erscheinung. Die bürgerliche Fraktion wollte den Grundbesitz, welcher während der Zeit des Krieges sich in skrupellosester Weise an der Gesamtheit des Volkes versündigte, wie bisher schonen und dafür dem Gewerbe und den arbeitenden Klassen den Hauptteil der Lasten aufbürden. **Nur dem zähen Widerstande der Sozialisten war es zu verdanken, daß nach der dritten Lesung eine gerechte Verteilung der Lasten vorgenommen werden konnte.** Der politische Umschwung bedeute die Bestrebungen, den Gemeinden die umfassendere Uebernahme von Wirtschaftsfunktionen zu erleichtern und sie in ihrer künftigen Wirtschaftstätigkeit von tüchtigen erworbenen Hindernissen zu befreien. Die Arbeitervertreter ließen sich von antikapitalistischen Anschauungen und sozialistischen Grundsätzen leiten. Das von einfachen Arbeitern beherrschte Stadtparlament trat in der **Versorgung mit Lebensmitteln führend auf den Plan.** Dabei ist nicht zu vergessen, daß von gewisser Seite versucht wurde, die **ergriffenen Maßnahmen unter allen Umständen zu sabotieren.** Trotzdem war es gelungen, über die größten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Das städtische Obst wurde in

eigene Regie

übernommen, eine Maßnahme, die von den bürgerlichen Stadtverordneten unter allen Umständen zu Fall gebracht werden sollte. Die Bevölkerung sollte den Arbeitervertretern nur dankbar sein, dadurch in den Besitz billigen Obstes gekommen zu sein. Leider muß hierbei aber gesagt werden, daß ein Teil der Arbeiterschaft diese Maßnahme nicht zu würdigen wußte. Die Dezernenten der Obstbewirtschaftung bezeichnete man als „Schieber" und alles mögliche mehr, obwohl keinerlei Beweise für irgendwelche Unkorrektheiten erbracht werden konnten. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß gerade durch die uneigennützige Arbeit eines Parteigenossen die Stadtverwaltung mit Stolz auf die geleistete Arbeit zurückblicken kann. Weiterhin sollten das **Begräbniswesen,**

die Gasanstalt, die Sandgruben und das Transportwesen kommunalisiert

werden. Wenn diese Pläne nicht gelangen, so lag dies bestimmt nicht an dem Willen unserer Genossen. Die Verhältnisse waren eben stärker als ihr guter Wille.

Die überaus große Not klopfte an die Türen der Sozial- und Altersrentner. **Massenspeisungen wurden durchgeführt. Die Volksküche, welche von einem erprobten Fachmann geleitet wird, verabreichte täglich Hunderte von Litern gutes und wohlschmeckendes Mittagessen.** Die Milchverteilung wurde durch den starken Einfluß unserer Genossen in mustergültiger Weise durchgeführt. In sehr vielen Fällen wurde die Milch unentgeltlich oder erheblich verbilligt an die notleidende Bevölkerung abgegeben.

Die allgemeine Wohnungsnot

zwang unsere Stadtverordneten, auch auf dem Gebiete der Wohnungspolitik fortschrittlich zu wirken. Neben den Zuschüssen zur Bekämpfung der Wohnungsnot waren ungeheure Mittel notwendig, um neue Häuser zu bauen. So wurde eine ganze Straßenreihe neuer moderner Einfamilienhäuser in der Kellergasse errichtet, welche fast nur von Opfern des Weltkrieges bewohnt werden. Weitere erhebliche Mittel waren zu bewilligen zur Herstellung von Siedlungsbauten. Ganz neue Stadtteile sind entstanden am Bahnhof und hinter dem Gericht. Auch hier haben die Arbeitervertreter manchen unberechtigten Vorwurf sich ergehen lassen müssen. Und doch muß zugegeben werden, daß die Arbeitervertreter alles verfuhrt haben, die Wohnungsnot nach Kräften zu lindern. Die Wohnungsnot einer Gemeinde ganz zu beseitigen wird dem schärfsten Kritiker nicht gelingen, wenn nicht von Reichs wegen ganz drakonische Maßnahmen ergriffen werden. z. B. durch die Sozialisierung des gesamten Baustoffmarktes. — Ein ewiges Kulturwerk, geschaffen durch sozialistische Stadtverordnete, ist

die Erbauung eines Stadtbades

auf dem alten Sportplatz an der Landstr. Inmitten prächtiger Anlagen ist dieses Kulturwerk geschaffen. Kurzsichtige Menschen erdreisteten sich, auch hier eine ganz unangebrachte Kritik zu üben. Insbesondere waren es unverständlicherweise Gewerbetreibende, die sich in abfälliger Weise äußerten. Wir aber stehen auf dem Standpunkt, lieber 20 000 Goldmark an einem gemeinnützigen Werke zuzusetzen, als 60 000 Goldmark für Luberkulosekranke auszugeben. Die vernünftig denkende Bürgerschaft hat es mit Freuden begrüßt, ein derartiges Kulturwerk in Eisleben erstehen zu sehen. Das Baden sollte nicht nur durch Errichtung mustergültiger Freibäder, welche nur einige Sommermonate zur Verfügung stehen, sondern durch Einrichtung von Wannen- und Brausebädern in städtischen Schulen gefördert werden. Die jetzt vorhandenen Brausebäder in der Mädchenvolksschule sind gänzlich unzureichend und in den letzten Jahren infolge der unerschwinglichen Kohlenpreise leider nicht benutzt worden. Es wird die nächste Aufgabe der Arbeitervertreter sein, nachdem wieder einigermaßen stabile Verhältnisse zu verzeichnen sind, dafür einzutreten, die Brausebäder der Allgemeinheit wieder zur Verfügung zu stellen.

Nach jahrelangen Bemühungen ist es den Arbeitervertretern gelungen, die **städtische Kläranlage** nun endgültig fertigzustellen, ohne einen Pfennig Schulden zu hinterlassen. Damit ist ein Schmerzenskind, verschuldet durch die Kurzsichtigkeit der früheren städtischen Verwaltung, beseitigt. Der uneigennützigen Arbeitskraft des städtischen Baurates muß auch an dieser Stelle gedacht werden. — Das Studium der

Verkehrswirtschaft

läßt den engen Zusammenhang zwischen der Verkehrspolitik des Staates und der Verkehrspolitik der Städte sowie wirtschaftlich zusammenhängender Gemeinden erkennen. Jeder weitsichtige Kommunalpolitiker muß zu der Einsicht kommen, daß bei der Lösung dieser Aufgaben ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist. Aus diesem Grunde haben auch die Arbeitervertreter bei den verschiedensten Regierungsstellen **gegen die Stillegung der Elektrischen Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier, die Lebensader im Mansfelder Land, schärfsten Protest erhoben.** Es wäre zu wünschen, daß regierungsseitig Maßnahmen ergriffen würden, die Kleinbahnen dem öffentlichen Verkehr wieder nutbar zu machen. Zu bemerken ist hierbei, daß es wiederum Arbeitervertreter waren, und zwar der Landtagsabgeordnete Genosse Christange, welcher in uneigennütziger Weise sich für die baldige Inbetriebsetzung der Kleinbahn eingesetzt hat.

Durch den Krieg und den nachfolgenden wirtschaftlichen Zusammenbruch war die deutsche Volks-, Staats- und Kommunalwirtschaft vor neue, unübersehbar schwierige Aufgaben gestellt. **Unser Volk** leidet heute unter der zerschlagenen Volkswirtschaft. Besonders schwer treffen diese Verhältnisse die **Finanzwirtschaft der Gemeinden,** für die es infolge der Uebertragung der Steuerhoheit auf das Reich immer schwieriger wird, neue Einnahmequellen zur Befriedigung ihres — im vergangenen Jahre in atemberaubendem Tempo steigenden — Geldbedarfs zu finden. Unter diesen Umständen gewannen die **kommunalen Werksbetriebe** für die städtischen Verwaltungen erhöhte Bedeutung, wobei es in erster Linie darauf ankam, aus den durch den Krieg und seine Folgen heruntergewirtschafteten Werken durch sparsamste Verwaltung und billigste rationellste Produktion technisch und wirtschaftlich vollkommene Betriebe zu schaffen. Bei der schlechten Finanzlage der Stadt hat man versucht, durch Erhöhung der Tarife für Wasser und insbesondere Elektrizität neue Einnahmequellen zu erschließen. Das Elektrizitätswerk der Stadt Eisleben, obwohl es seinen Strom von der Mansfeld-A.-G. bezieht, also kein selbständiges und unabhängiges Werk ist, hat eine ausgedehnte Erweiterung erfahren. Es gibt nur wenige Straßen und Häuser, wo nicht elektrisches Licht gebrannt wird.

Die zum Teil sehr verlotterten **Parkanlagen** wurden ausgebaut und in einen Zustand versetzt, welcher an Schönheit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Eisleber Parkanlagen sind die einzigen Erholungsstätten für die schwer schuftende Bergarbeiterschaft. Manche Stadt beneidet uns nicht umsonst ob solcher Naturschönheiten. — In erheblich steigendem Maße sind

Kleingärten geschaffen

und damit einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen worden. Sobald geeignetes Gelände zur Verfügung steht, sollen weitere Kleingärten eingerichtet werden. — Der Innenanstrich des Rathauses, welcher auf Betreiben des sozialistischen Oberbürgermeisters durchgeführt wurde, rief die Bewunderung der gesamten Bürgerschaft Eislebens hervor. Es wurde höchste Zeit, die völlig eingewohnten Räume zu erneuern. Jedem Besucher des Ratskellers läßt der herrliche Anstrich das Herz höher schlagen. Kauft er doch auch von einem nicht zu unterschätzenden Kunstverständnis der

---

* **Sparkassen-Zusammenschluß.** Die bisherigen Sparkassen des Mansfelder Seekreises des Mansfelder Gebirgskreises und der Stadt Hettstedt haben sich zu einem Zweckverbande zusammengeschlossen unter der Firma: Verbands-Sparkasse mit Bankabteilung der Mansfelder Kreise und Städte. Der Sitz der Verwaltung der Verbandssparkasse ist Eisleben. An diesem Platze befindet sich auch die Zentrale. Geschäftsstellen befinden sich in Mansfeld und Hettstedt; es sind dies die bisherigen Sparkassen des Mansfelder Gebirgskreises und der Stadt Hettstedt. Außer der Zentrale und den beiden Geschäftsstellen unterhält die Verbands-Sparkasse noch völlig ausgebaute Zweigstellen in Alsleben, Gerbstedt, Helbra, Hettstedt, Klostermansfeld, Schraplau, Schwittersdorf, Teutschenthal, Wansleben, Wippra und Zappendorf.

Bennstedt. Unterhaltungsabend der SAJ. Am Sonntag veranstaltete unsere Arbeiterjugend gemeinsam mit der SAJ. Halle, Gruppe Süd, einen Unterhaltungsabend. Dieser kann als gelungen betrachtet werden. Der Saal im Gasthof Biedermann war bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse Walter Abendroth begrüßte die Anwesenden. Das Programm war sehr reichhaltig. Besonders die Volksküche fanden großen Anklang. Die Hans Sachs-Spiele brachten selbst die Bergarbeiter, die trotz der schweren Zeit es nicht verstanden hatten einige frohe Stunden zu genießen, zum Lachen. Genosse Kocher forderte in seiner Ansprache alle Jugendlichen auf, sich der sozialistischen Arbeiterjugend anzuschließen. Der Abend war ein Erfolg für unsere Jugend. Es gilt nun für unsere Genossen, alles daranzusetzen, unsere Bewegung weiter vorwärts zu treiben.

Wetter-Voraussage.

Donnerstag, 6. März. Teils heiteres, teils nebliges Wetter ohne wesentliche Niederschläge. Nachts und früh Frost, tagsüber gelinde.

Freitag, 7. März. Bald heiter, bald wolkig, meist trocken, nachts und früh Frost, tagsüber gelinde.

Kinderwagen-Reifen in allen Grössen vorrätig, billigst
Gummi-Bieder, Gr. Steinstraße 81, Nähe Markt

Wir bieten gegen 5623
Teilzahlung
(ohne Preisaufschlag) die **billigste Qualitäts-Schreibmaschine** in solidester Ausführung mit leichtem Gang und wunderbarer Schrift.
Industrie-Kontor Erhard Faller, Halle (S.)
Magdeburger Straße 42 II. Fernruf 4875.
Ferner: Ausstellung und Verkauf bei J. Zoebisch, Gr. Steinstraße 82, Fernruf 5346

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403051-19/fragment/page=0006